

HESSEN



POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK 2011

des Landes Hessen

- Pressepapier -

**herausgegeben vom Hessischen Landeskriminalamt in Wiesbaden
in Zusammenarbeit mit dem
Hessischen Ministerium des Innern und für Sport
am 03. Februar 2012**

Erneuter Rückgang der Straftaten um rund 5.000 Fälle

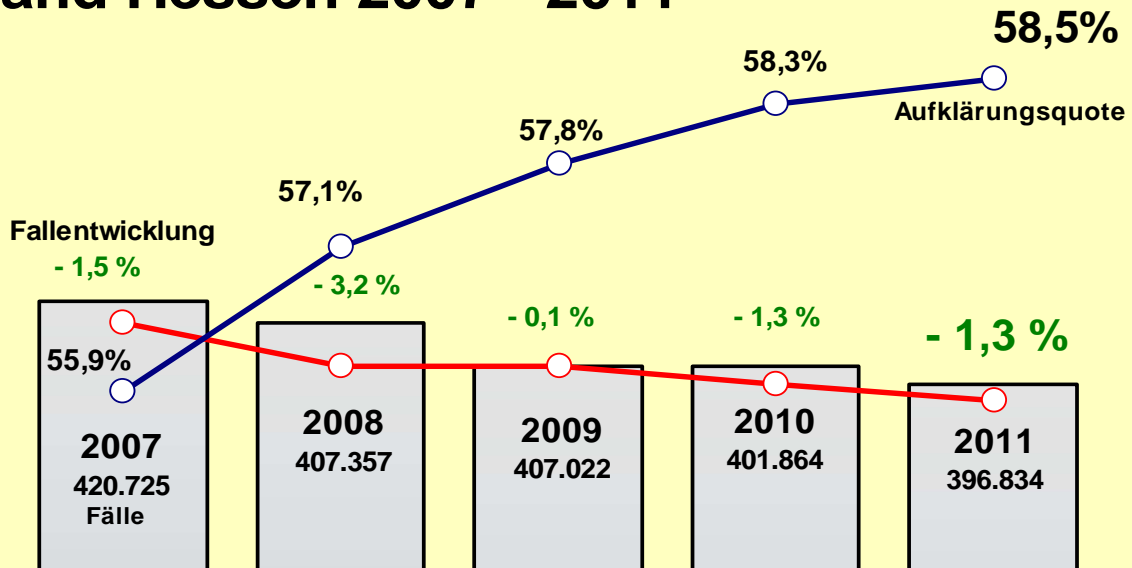
Aufklärungsquote auf Allzeithoch von 58,5 %

Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2011 weist drei zentrale Entwicklungen auf:

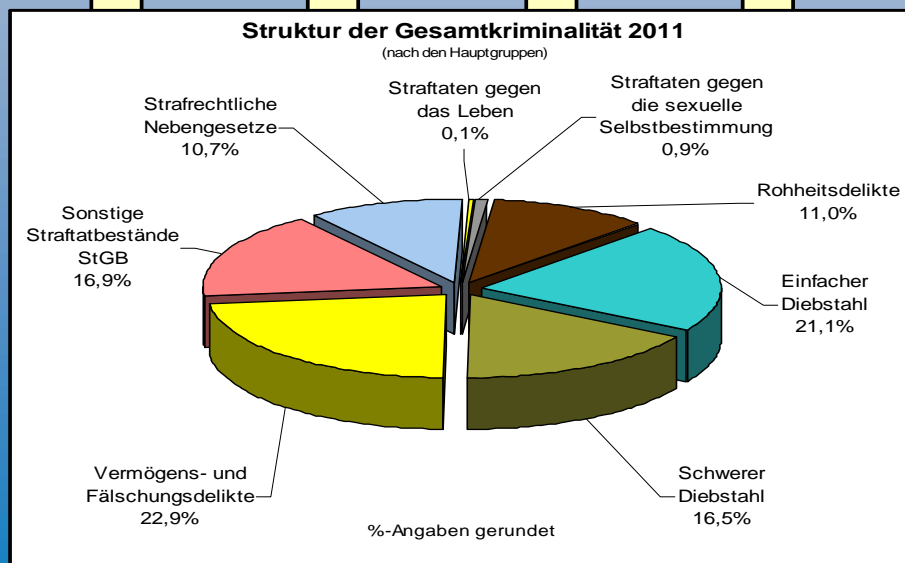
1. Rückgang der registrierten Gesamtkriminalität in Hessen mit einer Abnahme um 1,3 % (= 5.030 Fälle) auf 396.834 Fälle. Erstmalig seit 1984 wieder unter 400.000 Fällen.
2. Neue Höchstmarke bei der Aufklärungsquote. Mit 58,5 % wurde der bisher höchste Wert seit Einführung der EDV-gestützten PKS im Jahr 1971 erreicht.
3. Die Häufigkeitszahl (Zahl der registrierten Delikte auf 100.000 Einwohner) beträgt 6.541 und ist damit unter den Stand von 1980 gesunken. In den vergangenen 20 Jahren wurde die Häufigkeitszahl von 7.000 in den Jahren 2000, 2001 sowie seit 2007 stetig abnehmend unterschritten.

Kurzinformation

Polizeiliche Kriminalstatistik Land Hessen 2007 - 2011



	Jahr 2010		Jahr 2011	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
erfasste Fälle	401.864		396.834	
Häufigkeitszahl (Fälle/100.000 Einw.)	6.629		6.541	
Aufklärungsquote		58,3		58,5
ermittelte Tatverdächtige	155.455		152.070	
und zwar				
männlich	115.215	74,1	113.162	74,4
weiblich	40.240	25,9	38.908	25,6
Kinder (Alter 8 - 13 J.)	4.979	3,2	4.253	2,8
Jugendliche	15.703	10,1	14.213	9,3
Heranwachsende	14.599	9,4	13.938	9,2
Erwachsene	119.926	77,1	119.297	78,4
Deutsche	104.843	67,4	99.260	65,3
Nichtdeutsche	50.612	32,6	52.810	34,7



INHALTSVERZEICHNIS:

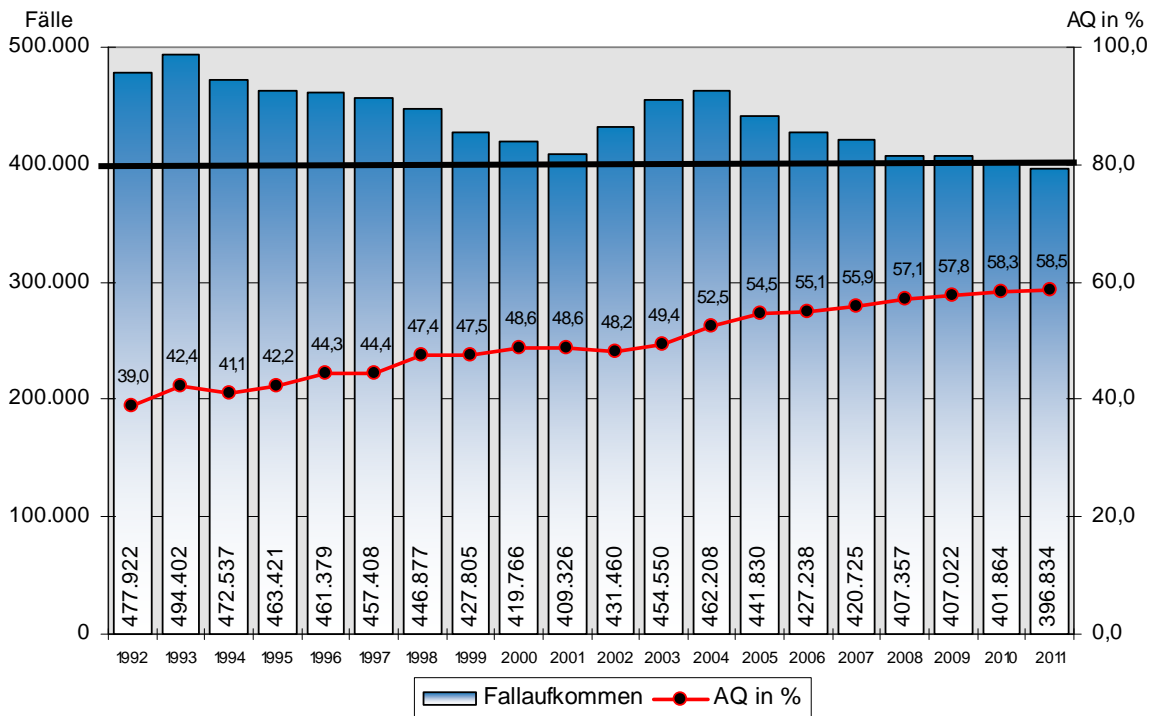
1	Allgemeine Entwicklung	4
2	Deliktische Entwicklung.....	5
2.1	Straftaten gegen das Leben	5
2.2	Sexualdelikte	5
2.3	Rohheitsdelikte	6
2.3.1	Raubdelikte.....	6
2.3.2	Körperverletzungen	7
2.3.3	Straftaten gegen die persönliche Freiheit	8
2.4	Diebstahl.....	9
2.5	Vermögens- und Fälschungsdelikte	13
2.6	Sonstige Straftaten nach dem Strafgesetzbuch (StGB)	15
2.7	Straftaten gegen strafrechtliche Nebengesetze.....	16
2.7.1	Waffenkriminalität	16
2.7.2	Rauschgiftkriminalität.....	16
2.8	Wirtschaftskriminalität.....	17
2.9	Internetkriminalität	17
3	Politisch motivierte Kriminalität (PMK)	19
4	Tatverdächtige	21
4.1	Tatverdächtige allgemein	21
4.2	Mehrfach-/Intensivtäter (MIT)	22
4.3	Jugendkriminalität.....	22
5	Opfer	24
6	Schäden.....	25
7	Maßnahmen der regionalen Sicherheit	25
8	Kontroll- und Fahndungsmaßnahmen.....	26
9	Kriminaltechnik und Erkennungsdienst.....	27
10	Prävention	27

1 Allgemeine Entwicklung

Die Kriminalitätsentwicklung in Hessen weist für das Jahr 2011 erneut einen Rückgang auf. Die registrierten Straftaten gingen um 1,3 % (-5.030 Fälle) auf 396.834 Fälle zurück. Damit sind die Fallzahlen erstmalig seit 1984 wieder unter 400.000 gesunken.

Die Aufklärungsquote (AQ) hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 %-Punkte auf 58,5 % weiter verbessert und hat damit zum neunten Mal in Folge einen erneuten Höchststand erreicht. Seit 2003 stieg die Aufklärungsquote von 49,4 % um 9,1 %-Punkte.

Grafik 1: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1992 bis 2011



Rückgänge haben sich insbesondere in folgenden Deliktsbereichen ergeben:

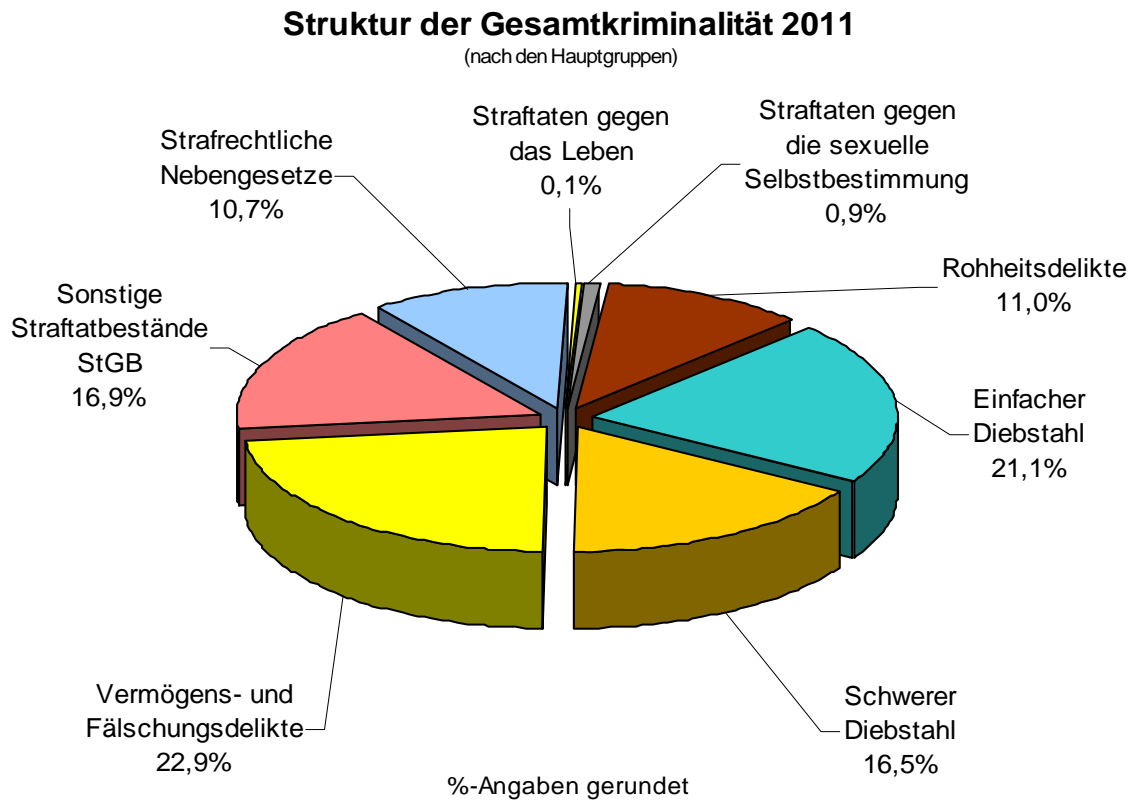
Ladendiebstahl	-1.585 Fälle	-6,0 %
Erschleichen von Leistungen	-1.510 Fälle	-6,3 %
Diebstahl in/aus Kraftfahrzeugen	-1.309 Fälle	-7,2 %
Leistungsbetrug	-1.214 Fälle	-27,4 %
Waren/Warenkreditbetrug	-1.095 Fälle	-6,3 %
Diebstahl in/aus Bodentr./Keller pp.	-1.051 Fälle	-19,5 %
Straftaten gegen die persönliche Freiheit	-841 Fälle	-7,4 %
Freiheitsberaubung/Nötigung/Bedrohung/Stalking	-828 Fälle	-7,4 %
Diebstahl von Moped/Krad/unbef. Ingebrauchnahme	-728 Fälle	-21,1 %
Gefährliche/schwere Körperverletzung	-606 Fälle	-6,1 %
Diebstahl von Fahrrädern/unbef. Ingebrauchnahme	-507 Fälle	-3,6 %
Gewaltkriminalität	-500 Fälle	-3,5 %

Zunahmen haben sich u.a. bei folgenden Delikten ergeben:

AufenthaltG/AsylVfG/FreizG	+2.570 Fälle	+18,0 %
Beteilig.-/Kapitalanlagebetrug	+940 Fälle	+414,1 %
Wohnungseinbruchdiebstahl	+900 Fälle	+9,0 %
Computerkriminalität	+612 Fälle	+10,3 %
Rauschgiftdelikte nach BtMG	+598 Fälle	+3,2 %

2 Deliktische Entwicklung

Grafik 2: Struktur der Gesamtkriminalität 2011 in den Straftatenobergruppen der PKS



2.1 Straftaten gegen das Leben

Die Straftaten gegen das Leben sind im Jahr 2011 um 13 Straftaten auf 318 Fälle gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen (-3,9 %). Die Aufklärungsquote konnte auf insgesamt 92,8 % gesteigert werden. Auch der hohe Anteil von Versuchshandlungen mit 56,9 %, bei Totschlag sogar 81,1 %, setzt die Ergebnisse der Vorjahre fort.

Von 66 registrierten **Mordfällen** im Jahr 2011 wurden 64 Fälle aufgeklärt. Dies entspricht einer Aufklärungsquote von 97,0 %. Im Bereich Totschlag und Tötung auf Verlangen nahm die Fallzahl geringfügig um drei auf 180 Fälle zu (+1,7 %). Der Deliktsbereich der **Fahrlässigen Tötung** reduzierte sich um elf Straftaten auf insgesamt 63 Fälle (-14,9 %). Überwiegend bestanden zwischen Täter und Opfer Vorbeziehungen.

2.2 Sexualdelikte

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung haben in der Summe um 60 auf 3.422 Fälle abgenommen (-1,7 %). Dabei haben **Vergewaltigung und besonders schwere Fälle der sexuellen Nötigung** um 19 auf 520 Fälle und die Fälle der **sonstigen sexuellen Nötigung** um ebenfalls 19 auf 478 Fälle abgenommen. Der **sexuelle Missbrauch von Schutzbefohlenen** nahm um 112 (-72,7 %) auf 42 Fälle ab, die **Ausübung verbotener Prostitution** verzeichnete ein Minus von 33 auf 279 Fälle. Leicht ansteigend war der **sexuelle Missbrauch von Kindern** um 48 auf 801 Fälle (+6,4 %) und die **Verbreitung pornografischer Schriften** um 36 Fälle auf 622 (+6,1 %).

2.3 Rohheitsdelikte

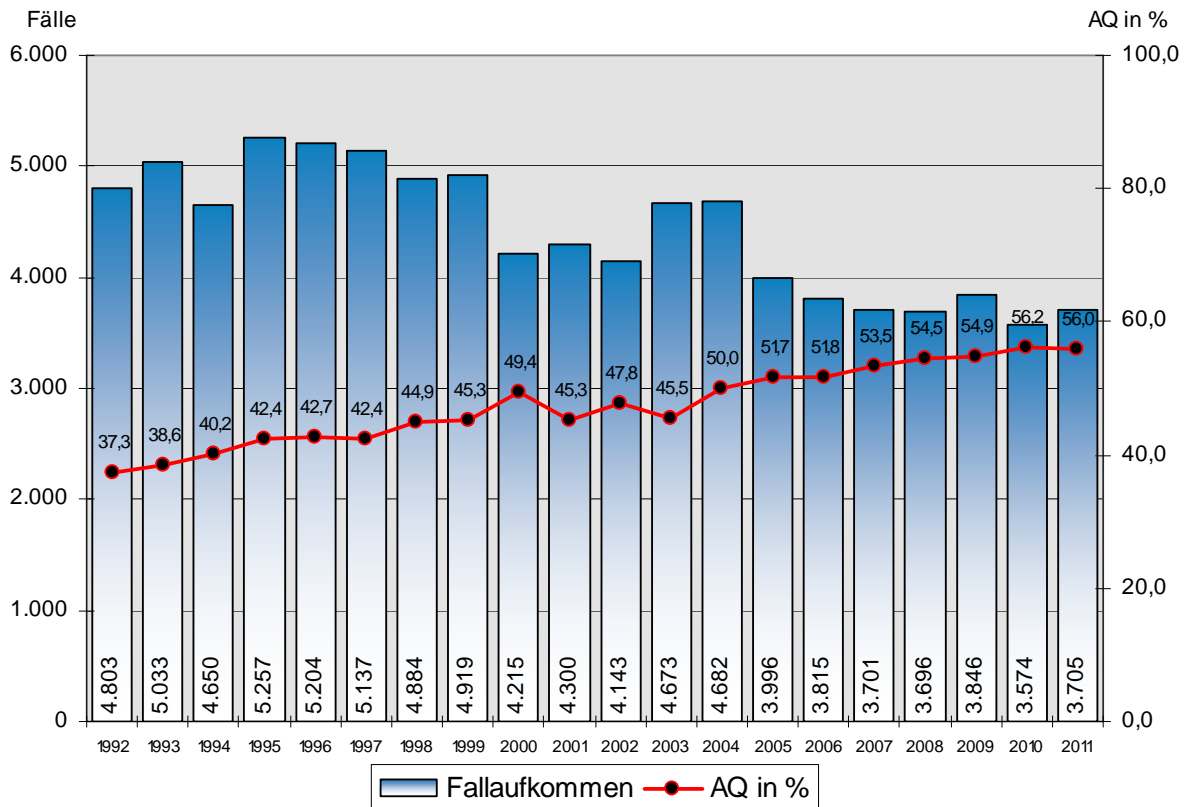
Unter Rohheitsdelikten werden alle Straftaten verstanden, die in den nachfolgenden drei Fallgruppen Raubdelikte, Körperverletzungsdelikte und Delikte gegen die persönliche Freiheit dargestellt werden.

2.3.1 Raubdelikte

Raub und räuberische Erpressung hat gegenüber dem Vorjahr um 131 auf 3.705 Fälle zugenommen (+3,7 %). Langfristig ist dieser Deliktsbereich immer noch rückläufig. Die Aufklärungsquote ist mit 56,0 % (-0,2 %) auf einem weiterhin hohen Niveau.

Bei einer regionalen Betrachtung sind im Zuständigkeitsbereich des PP Südosthessen (+17,6 %) und des PP Südhessen (+15,4 %) deutliche Zunahmen zu beobachten. Hingegen verzeichnet das PP Westhessen (-18,3 %) eine rückläufige Fallzahlenentwicklung.

Grafik 3: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1992 bis 2011 bei Raubdelikten



Innerhalb dieses Deliktsbereichs haben unterschiedliche Entwicklungen stattgefunden:

Raubüberfälle in Wohnungen sind seit 2009 mit steigender Tendenz zu beobachten. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein weiterer Anstieg um 33 auf 232 Fälle festzustellen. Oft bestand eine Täter-Opfer-Beziehung. Dies erklärt die hohe Aufklärungsquote von 70,7 %. Ein geringer Anteil der Fälle weist ein brutales rücksichtsloses Täterverhalten hinsichtlich der Gewaltanwendung auf. In vier Fällen kam es beim Zusammentreffen zwischen Täter und Geschädigten zu massiven Gewaltanwendungen, die bis hin zum Tod der Opfer führten.

Raubüberfälle auf Geldinstitute und Poststellen haben um fünf auf 30 Fälle (-14,3 %) abgenommen. Die hohe Aufklärungsquote vom Jahr 2010 (80,0 %) ging im Jahr 2011 um 16,7 %-Punkte auf 63,3 % zurück.

Fallzahlsteigerungen sind bei **Raubüberfällen auf sonstige Zahlstellen und Geschäfte** mit einer Zunahme um 30 auf 486 Fälle (+6,6 %) zu verzeichnen. Das Fallaufkommen für die darunter fallenden Tatörtlichkeiten *Spielhallen* mit 17 auf 106 Fälle (+19,1 %) und *Tankstellen* mit 16 auf 103 Fälle (+18,4 %) ist hierfür maßgeblich verantwortlich.

Für den Anstieg bei den Tatobjekten der Zahlstellen/Geschäfte und Tankstellen sorgten mehrere Tatserien im Rhein-Main-Gebiet. Dieser Entwicklung steht aber auch aufgrund mehrerer geklärter Serien eine höhere Aufklärungsquote gegenüber (53,9 % und 73,8 %). Im Bereich des PP Südosthessen gelang es, eine Serie von Raubüberfällen auf Tankstellen einem Täterduo beweiskräftig zuzuordnen. Durch umfangreiche operative Maßnahmen wurde eine Raubserie auf Tankstellen im Bereich des PP Mittelhessen beendet und die Täter durch Spezialeinsatzkräfte festgenommen.

Raubüberfälle auf Kraftfahrer haben um 14 auf 28 Fälle (-33,3 %) abgenommen. Insgesamt waren 16 Taxifahrer bei den Raubüberfällen betroffen (-11 Fälle).

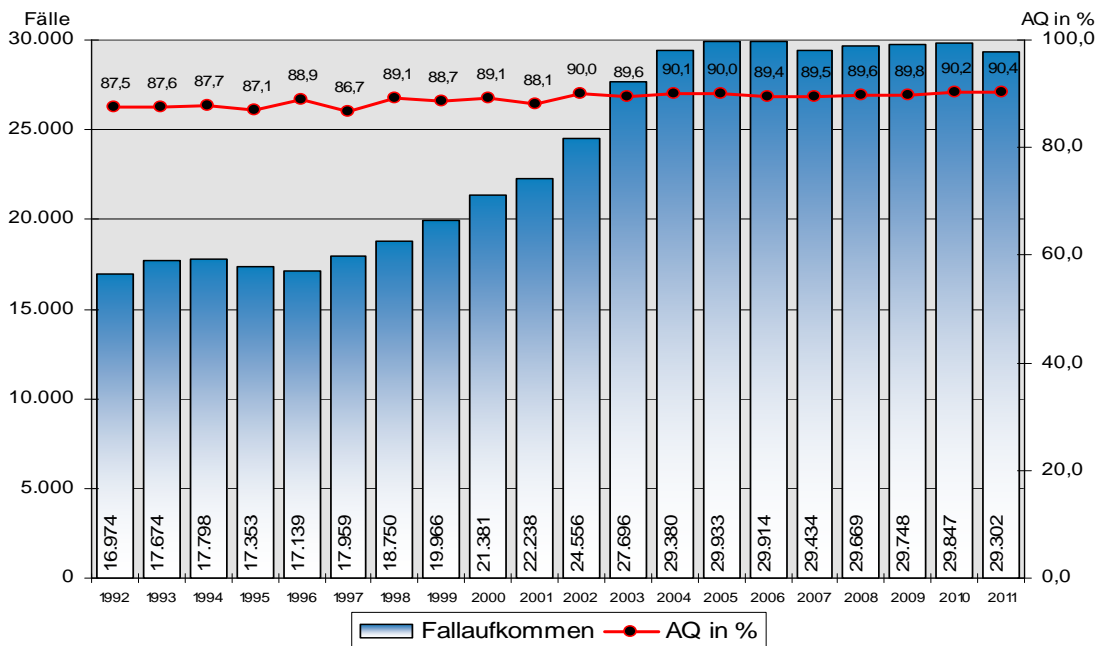
Beim **Handtaschenraub** hat es eine leichte Steigerung um vier Fälle auf 289 Fälle gegeben. Nach 2010 handelt es sich hier immer noch um den zweitniedrigsten Wert seit 1978.

Sonstige Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen haben um 136 Fälle auf 1.696 (+8,7 %) zugenommen.

2.3.2 Körperverletzungen

Bei den Körperverletzungen sind die Fallzahlen gegenüber dem Vorjahr leicht gefallen. Es konnte ein Rückgang um 545 Fälle (-1,8 %) auf 29.302 Fälle festgestellt werden. Dies ist hauptsächlich auf den deutlichen Rückgang bei der gefährlichen Körperverletzung um 470 Fälle (-9,8 %) zurückzuführen.

Grafik 4: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1992 bis 2011 bei Körperverletzungsdelikten



Ursachen für eine Vielzahl der Körperverletzungen der vergangenen Jahre liegen in der niedrigeren Hemmschwelle zur Gewalt in Konfliktfällen, sowie in einer höheren Anzeigebereitschaft der Opfer.

In den Jahren 2002 bis 2011 wurden 68.737 Fälle **häuslicher Gewalt** registriert.

2011 wurden **7.562** Fälle der häuslichen Gewalt erfasst, 2010 waren es 7.764 Fälle. Somit ist ein Rückgang um 202 Fälle (-2,7 %) zu verzeichnen.

Die **Körperverletzungsdelikte** stellen den größten Anteil der Fälle häuslicher Gewalt dar. 2010 waren 76,4 % (5.932 Fälle) aller Fälle häuslicher Gewalt Körperverletzungen. 2011 wurde ein Anteil von 75,3 % (5.694 Fälle) registriert. Dies entspricht einem Rückgang von 238 Fällen

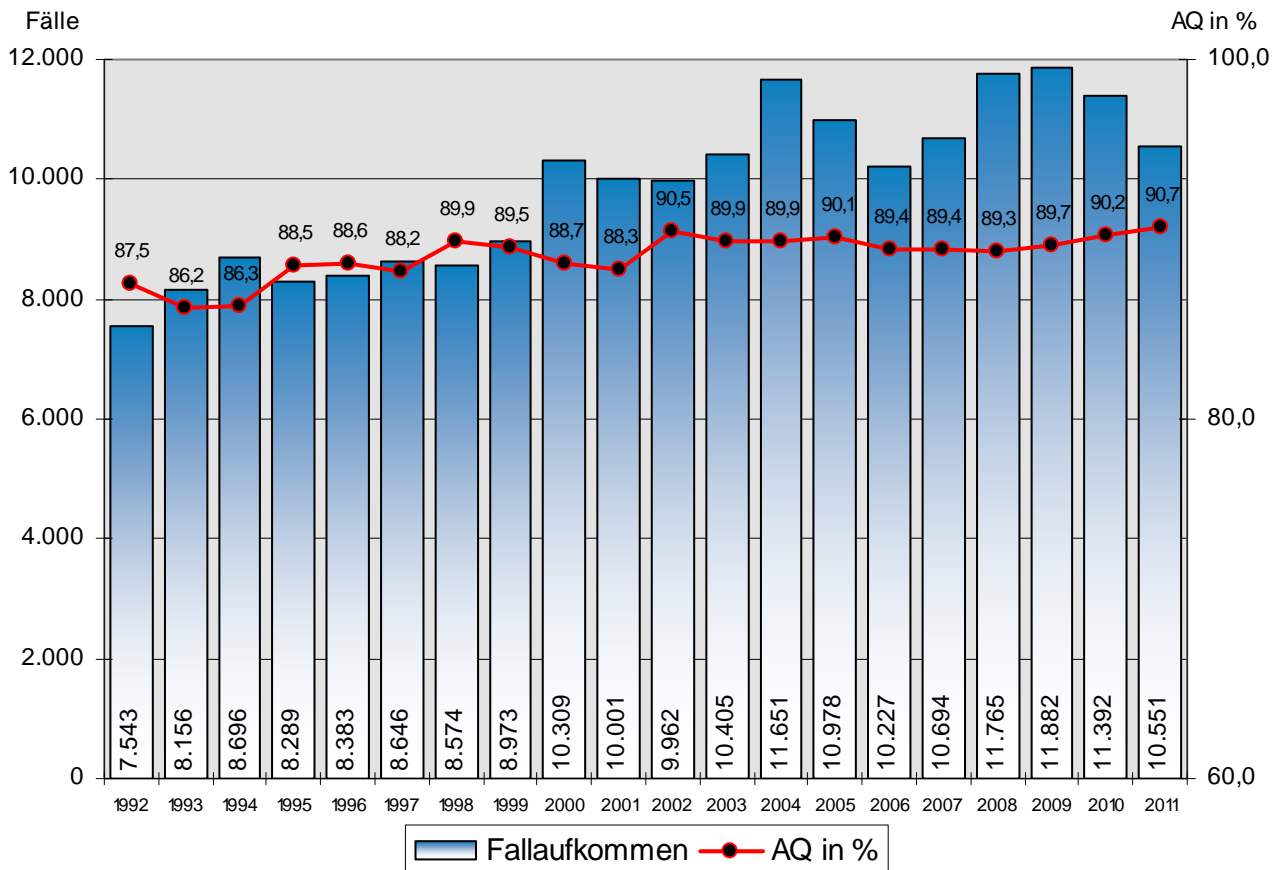
In der Beratung gewaltbereiter Täter hat sich „Der Wegweiser für die Beratung von Männern mit Gewaltproblemen“ bewährt. Die Broschüre gibt einen Überblick über die (Fach-) Beratungsstellen in Hessen.

Die (Fach-) Beratungsstellen, die zumeist den Jugendämtern, freien Trägern sowie der Gerichtshilfe zuzuordnen sind, bieten spezielle Anti-Gewalt-Programme für gewalttätige Männer an. Ziel dieser Seminare ist es, einen Rückfall zu erneuten Gewalttätigkeiten zu verhindern bzw. gewaltfreie Lebensalternativen aufzuzeigen. Dies begründet u. a. den Rückgang der Fallzahlen im Bereich häuslicher Gewalt -die Rückfallquote konnte gesenkt werden. Im Bereich familiärer Gewalt hat sich das Frankfurter Kooperationsmodell (FraKoM) für eine konfliktregulierende Beratung (KrB) als erfolgreich erwiesen.

2.3.3 Straftaten gegen die persönliche Freiheit

Diese Straftatengruppe hat um 841 Fälle auf 10.551 abgenommen (-7,4 %).

Grafik 5: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1992 bis 2011 bei Straftaten gegen die persönliche Freiheit



Den weitaus größten Teil machen die Deliktsbereiche **Nötigung, Bedrohung und Nachstellung** mit einem Anteil von 98,0 % aus, wobei hier aber auch ein Rückgang um 828 Fälle (-7,4 %) auf 10.346 Fälle zu verzeichnen ist.

Ebenso gibt es Abnahmen bei **Nötigungen** mit 3.459 Fällen (-198 Fälle) und bei **Bedrohungen** um 352 auf 5.132 Fälle.

Im Jahr 2011 wurden im Deliktsbereich **Stalking** 1.487 Fälle registriert, im Vorjahr waren es 1.783 Fälle. Dies stellt eine Reduzierung um 296 Fälle (-16,6 %) dar.

Die konsequente Öffentlichkeitsarbeit im Phänomenbereich Stalking verdeutlicht, dass Nachstellung gemäß § 238 StGB einen Straftatbestand verwirklicht, der mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe sanktioniert wird, was mitunter abschreckend auf potentielle Täter wirkt.

Die rechtzeitige Gefährderansprache durch die Polizei gemäß § 11 HSOG führte in zahlreichen Fällen zur Aufgabe der weiteren Tatbegehung.

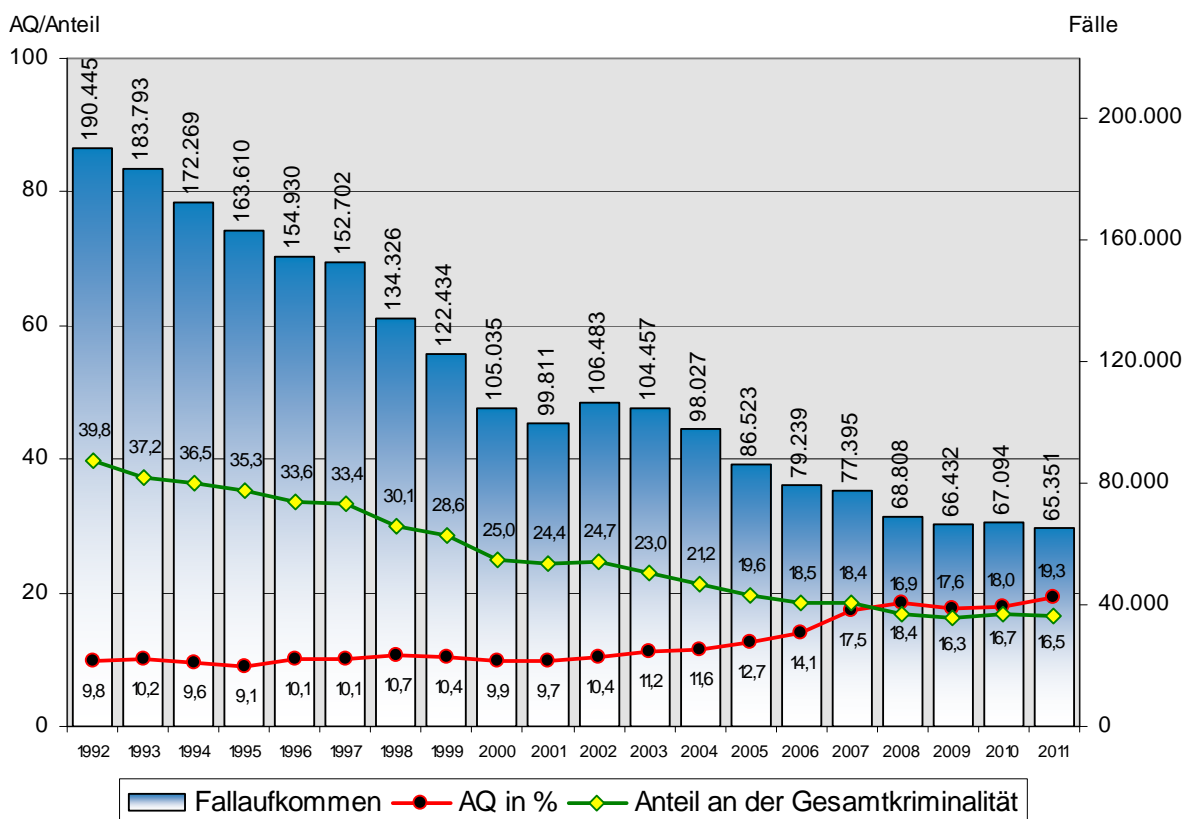
Die präventiven Maßnahmen werden fortlaufend angeglichen und überdacht, um auch zukünftig eine weitere Abnahme der Fallzahlen im Hinblick auf die häusliche Gewalt und das Stalking zu erreichen.

2.4 Diebstahl

Die Zahlen des **Diebstahls ohne erschwerende Umstände („einfacher“ Diebstahl)** sind wie im letzten Jahr leicht rückläufig (83.802 Fälle -1,3 %) und damit dem langjährigen Trend folgend.

Diebstähle unter erschwerenden Umständen („schwerer“ oder Einbruchdiebstahl) sind ebenfalls rückläufig (-2,6 % = -1.743 Fälle). Mit 65.351 Fällen ist das der niedrigste Wert seit Einführung der EDV-gestützten PKS im Jahr 1971. Der Anteil des schweren Diebstahls an der Gesamtkriminalität hat von 39,8 % im Jahr 1992 fast kontinuierlich auf 16,5 % abgenommen. Im Gegensatz dazu hat sich die Aufklärungsquote mit 19,3 % auf den höchsten Wert entwickelt.

Grafik 6: Entwicklung der Fallzahlen, des Anteils an der Gesamtkriminalität und Aufklärungsquoten von 1992 bis 2011 bei schwerem Diebstahl



Beim **Diebstahl in/aus Kraftfahrzeugen** ist ein Rückgang um 1.309 Fälle auf 16.815 Fälle (-7,2 %) zu verzeichnen, was insbesondere auf die Entwicklung des schweren Diebstahls in/aus Kraftfahrzeugen(-1.509 auf 13.636 Straftaten) zurückzuführen ist. Langfristig gesehen liegt die Fallzahl weit unter den Zahlen der Jahre 1986 bis 1996 mit dem Höchstwert von 103.552 Fällen im Jahr 1987. Seit 1992 ist eine rückläufige Entwicklung feststellbar. Im Jahr 2011 wurde der niedrigste Wert seit Einführung der EDV im Jahre 1971 verzeichnet.

Rückblickend auf das Jahr 1993 wurden in Hessen noch 12.860 PKW auf Dauer entwendet. Im Jahr 2007 waren in Hessen nur noch 2.457 PKW als sogenannte Komplett-Entwendungen festzustellen. Im Vergleich zum Jahr 2010 ist beim **Diebstahl von Kraftwagen** eine Fallzahlensteigerung von 3,0 % (47 Fälle) auf 1.607 Straftaten festzustellen. Die Aufklärungsquote steigerte sich gegenüber dem Vorjahr um 7,7 % auf 40,6 %.

Hessenweit sind dabei fahrzeugbezogene Präferenzen erkennbar.

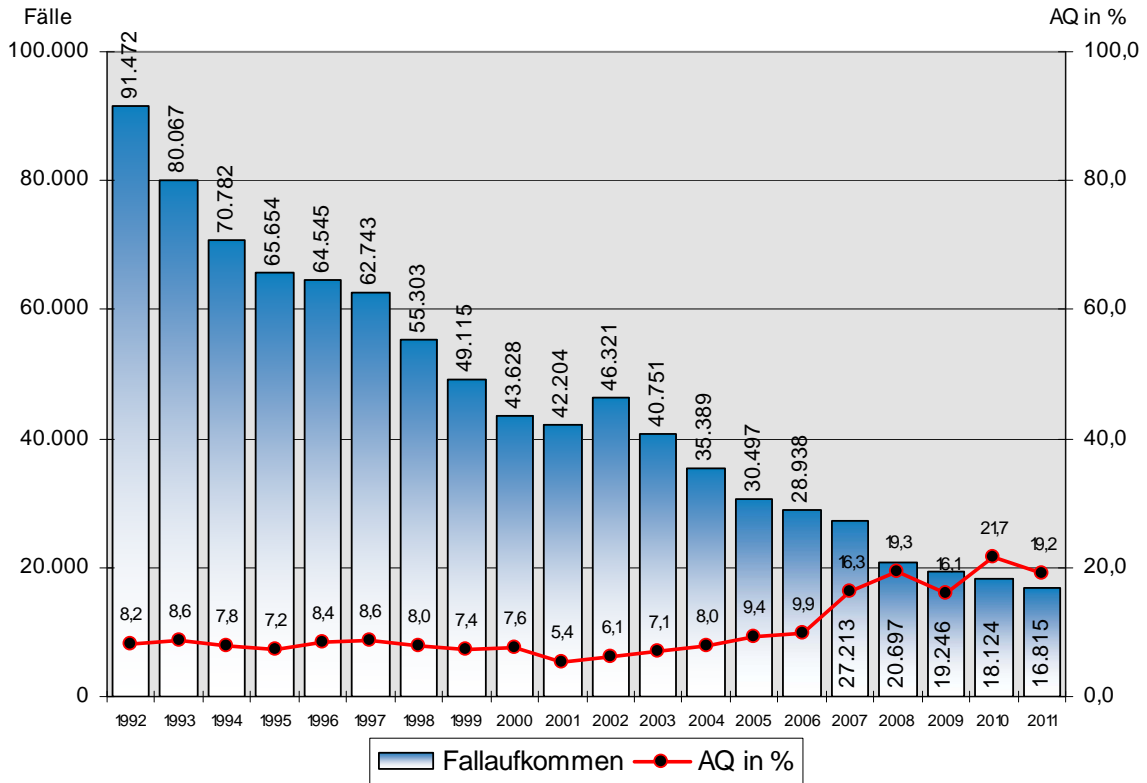
Im Jahr 2011 wurden rund 134 VW Multi-Van-Fahrzeuge entwendet. Aufgrund aktueller Erkenntnisse, die durch Festnahmen von litauischen Fahrzeugkurieren im Bereich Brandenburg und in Polen untermauert werden, existierten feste Verbringungswege von Hessen nach Osteuropa (Litauen / Polen). In einem Ermittlungskomplex des PP Südhessen stehen 13 litauische Tatverdächtige im Fokus der ermittlungsführenden Dienststellen.

Weiterhin wurden in 2011 insgesamt 200 Fahrzeuge der Herstellermarke BMW dauerhaft entwendet (+38 Fahrzeuge gegenüber 2010). Präferenzen zeichnen sich in Bezug auf die Modelle BMW X5, BMW 3er und BMW 5er ab. Von den entwendeten Fahrzeugen konnten jedoch insgesamt 53 sichergestellt werden. Als Tatverdächtige wurden insgesamt 27 litauische und ein polnischer Staatsangehöriger festgenommen. Auffällig ist, dass trotz leicht gesteigener Fallzahlen in diesem Phänomenbereich die Zahl der geklärten Fälle deutlich gesteigert werden konnte. Dies ist auf gezielte Fahndungsmaßnahmen sowie die erfolgreichen Ermittlungen des PP Mittelhessen (EG Banden) zurückzuführen.

Der Diebstahl von Fahrzeugen der Herstellermarke Honda (61 Fälle) bezieht sich nahezu ausschließlich auf die Fahrzeugtypen Honda CRV und Honda Accord. Räumlich betrachtet ist das Rhein-Main-Gebiet mit den Polizeipräsidien Frankfurt (20 Fälle) und Südhessen (29 Fälle) am stärksten betroffen. In diesem Zusammenhang konnten zahlreiche Fahrzeuge mit verfälschter FIN in Polen und Litauen aufgefunden werden.

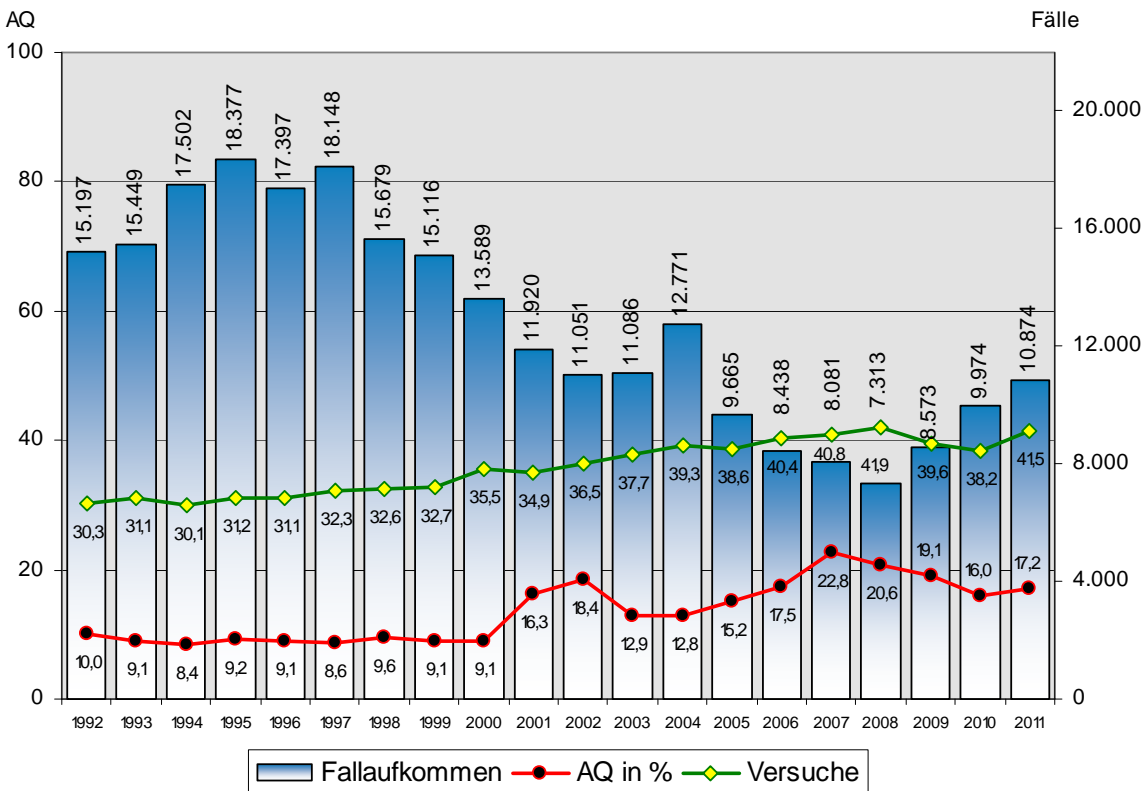
Auffällig zeigte sich auch der Diebstahl von Fahrzeugen des Herstellers Audi. Die Anzahl der entwendeten Fahrzeuge stieg gegenüber dem Vorjahr um 49 dauerhaft entwendete Fahrzeuge auf insgesamt 131 an. Dies entspricht einer Zunahme von 59,8 %. Auffällig ist die Präferenz für die Modellreihe Audi A6, die 68-mal entwendet wurde. Nach vorliegenden Informationen sind überwiegend litauische sowie polnische Tätergruppen für die Durchführung der Taten verantwortlich.

Grafik 7: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1992 bis 2011 bei Diebstahl in/aus Kfz insgesamt



Der **Diebstahl in/aus Wohnungen** (einfache und schwere Fälle) hat um 10,5 % (+1.392 Fälle) auf 14.641 Fälle deutlich zugenommen. Diese Zunahme beruht hauptsächlich auf dem in diesen Zahlen enthaltenen **Wohnungseinbruchdiebstahl (WED)**.

Grafik 8: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1992 bis 2011 beim Wohnungseinbruchdiebstahl



In der Langezeitbetrachtung konnte im Bereich des Wohnungseinbruchs seit dem Jahr 2000 eine rückläufige Fallzahlenentwicklung beobachtet werden. Im Jahr 2009 folgte eine Trendwende, die sich nun im dritten Jahr in Folge fortsetzt. Die Zahl der Wohnungseinbrüche stieg gegenüber dem Vorjahr um 900 Fälle auf insgesamt 10.874 an, dies entspricht einer Zunahme von 9,0 %. Für das Phänomen des Tageswohnungseinbruchs ist gegenüber dem Jahr 2010 eine Steigerung um 488 Fälle auf insgesamt 4.495 Straftaten (+12,2 %) zu konstatieren.

Die Aufklärungsquote konnte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,2 %-Punkte auf insgesamt 17,2 % leicht gesteigert werden.

Der Anteil der Versuchshandlungen (4.512 Fälle) steigerte sich um 3,3 % gegenüber dem Vorjahr (38,2 %) auf insgesamt 41,5 %.

In der regionalen Betrachtung war im Zuständigkeitsbereich des PP Nordhessen ein deutlicher Fallzahlenanstieg zu beobachten (525 Fälle = +63,3 %). Die Polizeidirektion Kassel verzeichnete hessenweit die höchste Zuwachsrate mit 85,3 %. Zudem sank die Aufklärungsquote um 4,1 %-Punkte auf 12,9 %. Im Bereich des PP Südosthessen (-12,5 %) und PP Mittelhessen (-6,1 %) waren im Gegensatz zu der hessenweiten Entwicklung rückläufige Fallzahlen zu beobachten.

Das PP Südhessen weist erneut in Folge hessenweit die höchste Aufklärungsquote (25,5 %) aus. Das PP Frankfurt am Main (12,5 %) und PP Südosthessen (23,6 %) konnten die AQ gegenüber dem Vorjahr deutlich steigern.

Im Jahr 2011 wurde dem Wohnungseinbruch in Hessen mit modifizierten Einsatzkonzeptionen und einer Vielzahl von strategischen und operativen Bekämpfungsmaßnahmen, einhergehend mit einem hohen Kräfteansatz, begegnet. Begleitend fanden umfangreiche, brennpunktorientierte Präventionsmaßnahmen in den Präsidialbereichen statt. Die getroffenen Maßnahmen haben sich sowohl begünstigend auf die Gesamtfallzahlenentwicklung als auch auf die Steigerung der AQ und den gestiegenen Anteil der Versuchshandlungen ausgewirkt.

Nach vorliegenden Erkenntnissen sind die Täterstrukturen in diesem Phänomenbereich sehr divergent und reichen vom örtlichen Einzeltäter bis zu mobilen, hochorganisierten und planvoll vorgehenden internationalen Tätergruppen. Die nahezu täglich durchgeführten Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen richteten sich beispielsweise gegen überregional agierende Wohnungseinbrecher, die in besonderem Maße aus Südosteuropa zur bandenmäßigen Straftatenbegehung anreisen. Das Phänomen der reisenden Wohnungseinbrecher aus dem deutsch-französischen Grenzgebiet wirkte sich in 2011 nicht so stark wie in den Vorjahren auf die Fallzahlenentwicklung aus. Dies hängt mit dem konsequenten Einschreiten der französischen Strafverfolgungsbehörden gegen die ortsansässigen Drahtzieher zusammen.

Es gab Festnahmen hochkarätiger Wohnungseinbrecher und die Zerschlagung von erkannten Bandenstrukturen - insbesondere im Rhein-Main-Gebiet und dem Zuständigkeitsbereich des PP Südhessen - **noch vor Beginn der dunklen Jahreszeit (Hauptsaison)**. Dem PP Frankfurt am Main gelang z. B. die Zerschlagung der sogenannten „Bike Connection“, die mit einer Wohnungseinbruchserie im Frankfurter Norden für hohe Fallzahlen verantwortlich war. Die Regionale Kriminalitätsinspektion Offenbach (EG Banden) führte ein Ermittlungsverfahren wegen schweren bandenmäßigen WED gegen eine überörtlich agierende Tätergruppierung. Im Rahmen umfangreicher verdeckter Maßnahmen und offener Ermittlungen konnten in diesem Verfahren neun Beschuldigten insgesamt 141 Straftaten nachgewiesen werden. Im Bereich des PP Südhessen gelang es in 2011, mehrere Tatserien zu unterbrechen und die Täter beweiskräftig zu überführen, u. a. wurde bei der PD Bergstraße nach Festnahme einer überregional agierenden Tätergruppierung die Anzahl der Wohnungseinbrüche nachhaltig eingedämmt und die Aufklärungsquote überproportional gesteigert.

Darüber hinaus tragen die bereits in einigen Präsidien neu eingerichteten **Tatortgruppen** bzw. **Tatortkommissariate** in diesem Deliktsbereich durch eine unmittelbare Tatortarbeit zu einer schnelleren und qualifizierten Bearbeitung und Tataufklärung bei. Nach Entdeckung eines Wohnungseinbruchs werden die notwendigen Sofortermittlungen und eine Spurensicherung durchgeführt. Durch das Angebot einer Sicherheitsberatung wird den Betroffenen geholfen, sich schnell wieder in den eigenen vier Wänden sicherer zu fühlen.

2.5 Vermögens- und Fälschungsdelikte

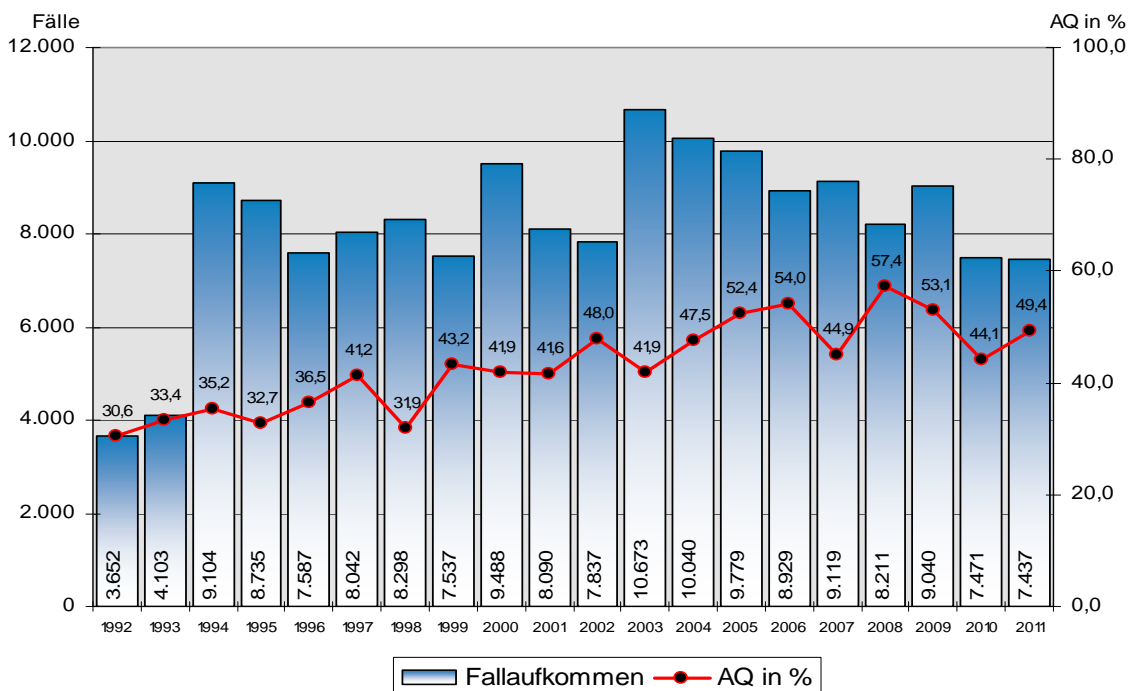
Vermögens- und Fälschungsdelikte haben um 3.528 (-3,7 %) auf 90.741 abgenommen. Damit konnte - im Gegensatz zur Steigerung im Jahr 2010 - diesmal wieder ein Rückgang der Fälle festgestellt werden. Gleichermäßen rückläufig sind die Fallzahlen beim Betrug, der in diesem Deliktsbereich den Schwerpunkt bildet. Sie nahmen um 3.257 Fälle (-4,1 %) auf 75.681 Fälle ab.

Betrug mittels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel insgesamt (u.a. EC- und Kreditkarten) hat nach 2010 erneut um 34 Fälle (-0,5 %) auf 7.437 Fälle abgenommen. Insbesondere ist dafür die Abnahme des **Betrugs mittels sogenannter Debitkarten ohne PIN** (Lastschriftverfahren) um 265 auf 1.413 Fälle ursächlich. Viele Handelsketten haben vom Lastschriftverfahren mittels Unterschrift auf das sicherere Verfahren mit PIN-Eingabe umgestellt. Nicht autorisierte Zahlungen werden dabei unmittelbar abgewiesen. Dennoch hat sich der rückläufige Trend beim **Betrug mittels Debitkarten mit PIN** nicht fortgesetzt. Die Fallzahlen sind um 16,3 % auf 2.474 (2010: 2.127 Fälle) angestiegen.

Die Fälle beim **Betrug mittels Kreditkarten** haben um 179 (+14,1 %) auf 1.448 zugenommen. Der Anstieg verteilt sich auf die Flächenpräsidien Frankfurt, Mittelhessen und Westhessen und ist nicht auf eine Tatserie zurückzuführen.

Die Fälle des **Betruges mittels Daten von Zahlungskarten** haben dagegen um 183 Fälle (-8,7 %) auf 1.931 Fälle abgenommen.

Grafik 9: Entwicklung der Fallzahlen und Aufklärungsquoten von 1992 bis 2011 beim Betrug mittels rechtswidrig erlangter Zahlungsmittel



Im Bereich des **Leistungsbetruges** wurde im Vergleich zum Vorjahr ein deutlicher Rückgang um -27,4 % auf 3.217 Fälle (-1.214 Fälle) verzeichnet. Der statistische Rückgang ist maßgeblich auf zwei Großverfahren des PP Frankfurt (-708 Fälle = -60,8 %) und des PP Westhessen (-190 Fälle = -43,0 %) zurückzuführen, die in 2010 zu einem deutlichen Anstieg der Fallzahlen führten. Nach Abschluss dieser Verfahren bewegen sich die Fallzahlen für 2011 wieder auf normalem Niveau.

Ebenso ist beim **Abrechnungsbetrug im Gesundheitswesen** die beträchtliche Fallabnahme von 130 (-76,0 %) auf 41 Fälle auf ein in 2010 abgeschlossenes Großverfahren beim PP Südhessen zurückzuführen, welches dort zu einem Rückgang um 102 Fälle (-98,1 %) führte.

Der **Computerbetrug** ist im Gegensatz zum Vorjahr wieder leicht zurückgegangen. Hier wurden 1.386 Fälle (-112 Fälle = -7,5 %) erfasst.

Die Abnahme beim **Betrug zum Nachteil von Sozialversicherungen und -trägern** (-193 Fälle = -37,5 %) auf 322 Straftaten und beim **sonstigen Sozialleistungsbetrug** (-159 Fälle = -15,2 %) auf 889 Straftaten (-159 Fälle = -15,2 %) verteilt sich auf alle Präsidien.

Die Fälle des **Erschleichens von Leistungen**, überwiegend in Form von Beförderungserschleichung, sanken um 1.510 auf 22.438 Fälle (-6,3 %). Diese Entwicklung ist ausnahmslos vom Kontroll- und Anzeigeverhalten der Verkehrsbetriebe abhängig.

Die Straftaten im Bereich des **Kontoeröffnungs-/ Überweisungsbetruges** sind auf 2.062 Fälle (+93 Fälle = +4,7 %) gestiegen. Im Einzelnen stiegen die Fallzahlen für den Kontoeröffnungsbetrug von 302 auf 406 Fälle (+34,4 %), während beim Überweisungsbetrug die Fallzahlen von 1.667 auf 1.656 Fälle (-0,7 %) zurückgingen. Der deliktische Schwerpunkt beim Kontoeröffnungsbetrug liegt mit 130 Fällen (+140,9 %) beim PP Frankfurt am Main und basiert auf verschiedenen Sammelverfahren, u. a. einem seit 2009 geführten Ermittlungsverfahrens der AG K.A.N. (Arbeitsgruppe Kreditkartenanträge), das in 2011 beendet wurde.

Der Fallanstieg im Bereich des PP Südosthessen um 21 Fälle (+75,0 %) begründet sich im tatsächlichen Anstieg von Straftaten in diesem Deliktsbereich. Die Tatverdächtigen stammen vorwiegend aus dem schwarzafrikanischen Lebensraum und aus dem Kosovo.

Delikte der **Urkundenkriminalität** haben in den letzten Jahren insbesondere mit der Einführung elektronischer Dokumente wie Reisepass und Personalausweis deutlich an Bedeutung gewonnen. Vor allem im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Kriminalität haben ge- und verfälschte Dokumente in ihrer Anzahl und Qualität zugenommen, die zumeist Ausgangsdelikt vielfältiger Straftaten wie Kontoeröffnungsbetrug, Kreditbetrug, illegaler Aufenthalt, Menschenhandel, Rotlichtkriminalität oder Geldwäsche sind.

Um diesen Entwicklungen zu begegnen, wurden in Hessen seit April 2010 landesweit 20 Urkundenprüfstellen und Urkundenvorprüfstellen neu eingerichtet, in denen besonders ausgebildetes Personal der hessischen Polizei mit speziellen technischen Geräten in der Lage ist, Fälschungen festzustellen. Parallel werden die Bediensteten der Schutz- und Kriminalpolizei dahingehend ausgebildet, mit einfachen technischen Hilfsmitteln fälschungsverdächtige Dokumente bei einer Personenkontrolle zu erkennen.

Die 5.367 registrierten Urkundenfälschungen mit einer AQ von 85,9 % sind gegenüber dem Vorjahr erneut um 3,1 % gestiegen und machen den Erfolg der hessischen Konzeption deutlich. Derzeit wird die Einrichtung weiterer Dienststellen geplant, womit Hessen als eines der ersten Bundesländer ein flächendeckendes Netz von Urkundenprüf- und -vorprüfstellen aufgebaut hat, um Urkundenfälschern das Handwerk zu legen.

Die Fälle des **Beteiligungs- und Kapitalanlagebetruges** haben im Jahr 2011 um 940 auf 1.167 Fälle (+414,1 %) zugenommen. Dies beruht u. a. auf einem umfangreichen Sammelverfahren des PP Südosthessen wegen Anlagebetruges durch Ankauf von Rückkaufswerten von Lebensversicherungen mit dem betrügerischen Auszahlungsversprechen einer Gewinnverdoppelung nach sechs Jahren. Bei 682 Fällen entstand ein Schaden von rund 11,5 Millionen Euro.

114 Fälle des **Prospektbetruges** (2010: 1 Fall) resultieren nahezu ausschließlich aus einem Ermittlungskomplex beim Polizeipräsidium Westhessen gegen zwei Beschuldigte einer Kapitalanlagegesellschaft, die mit hohen Gewinnversprechen 111 Personen zur Geldanlage veranlassten. Der bisher festgestellte Schaden beläuft sich auf ca. 9 Millionen Euro.

Im **Waren- und Warenkreditbetrug** setzte sich mit 16.302 Fällen der rückläufige Trend der Vorjahre fort. Es wurde erneut ein Rückgang um 1.095 Fälle (-6,3 %) registriert.

Im Jahr 2011 wurden 421 Fälle (+3,2 %) der **Fälschung von Zahlungskarten** statistisch erfasst, deren Aufklärungsquote um 32,4 % auf 60,3 % gestiegen ist. Im Unterschlüssel (Gebrauch falscher Zahlungskarten mit/ohne Garantiefunktion, Schecks und Wechsel) zeigt sich der Fallanstieg noch deutlicher. Erfasst wurden 289 Fälle. Dies entspricht einem Anstieg um 126 Fälle (+77,3 %). Gleichzeitig erhöhte sich die Aufklärungsquote um 10,9 % auf 63,7 %.

Die Angriffe auf Geldausgabeautomaten, dem sogenannten „Skimming“, mit Zielrichtung der **Erlangung von Zahlungskartendaten und PIN** sind, entgegen dem Trend der vergangenen Jahre, mit einem Rückgang um 98 auf 86 Straftaten (-66 %) stark rückläufig. Damit entspricht die Fallentwicklung in Hessen dem bundesweiten Trend.

Vereinzelt wurden Manipulation von Bezahlterminals im Einzelhandel bekannt, welche im Erfolgsfall zu einer Vielzahl an Anzeigeerstattungen und dem Eintritt erheblicher finanzieller Schäden führten. Bundesweite Fallbezüge sind erkennbar.

Aufgrund bindender Vereinbarungen im einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraum (SEPA¹) sollten bis zum 01.01.2011 alle Zahlungskarten, Geldautomaten und Bezahlterminals in den SEPA-Mitgliedstaaten auf EMV-Chip-Technologie umgerüstet sein. Dadurch wird der Einsatz gefälschter Zahlungskarten innerhalb Europas wirkungsvoll unterbunden. Aufgrund der in 2011 gewonnenen Erkenntnisse ist eine Verlagerung der Verwertungsstaten in das außereuropäische Ausland, insbesondere in nord- und südamerikanische Staaten, eingetreten. Verwertungsstaten innerhalb des SEPA-Raums wurden nur noch in Einzelfällen bekannt.

Seitens der deutschen Kreditwirtschaft erweisen sich Maßnahmen zur Schadensreduktion als wirkungsvoll, bei denen, ohne gesonderte Freischaltung durch den Verbraucher, weltweit keine Umsätze mittels Magnetstreifenkarten autorisiert werden.

Verwandte Deliktsphänomene:

Vermehrt wurden Diebstahlshandlungen an Geldautomaten unter Anwendung der Tatbegehungsweise „Cash Trapping“ festgestellt. Unbekannte Täter manipulierten hierbei die Geldausgabeautomaten mit einer Klebevorrichtung bzw. einer vorgebauten Blende dergestalt, dass das von den geschädigten Bankkunden abgehobene Geld nicht ausgegeben werden konnte. Sobald sich die Bankkunden vom Geldautomaten wegbegaben, um die vermeintliche Störung zu melden, entnahmen die Täter die Geldscheine und flüchteten. Die Straftaten werden statistisch als (banden-/ gewerbsmäßiger) Trickdiebstahl erfasst.

2.6 Sonstige Straftaten nach dem Strafgesetzbuch (StGB)

Die sonstigen Straftaten nach dem Strafgesetzbuch haben insgesamt um 0,7 % auf 67.083 Fälle abgenommen. Während **Beleidigungen** um 290 auf 9.428 Fälle (+3,2 %), und **Geldwäsche** um 144 auf 732 Fälle (+24,5 %) zugenommen haben, sind **Sachbeschädigungen** um 511 auf 39.773 Fälle (-1,3 %), Erpressung um 33 auf 434 Fälle (-7,1 %), **Wettbewerbs-, Korruptions- und Amtsdelikte** um 57 auf 192 Fälle (-22,9 %) und Widerstand gegen die Staatsgewalt und Straftaten gegen die öffentliche Ordnung um 501 auf 6.084 Fälle (-7,6 %) deutlich zurück gegangen.

¹ SEPA: Single Euro Payments Area – umfasst alle EU-Mitgliedsstaaten, EWR-Staaten, Schweiz und Monaco

Bei den Straftaten gegen die öffentliche Ordnung hat sich insbesondere die Entwicklung beim **Hausfriedensbruch** ausgewirkt. Hier wurden 245 Fälle weniger festgestellt. Die Fallzahl für 2011 beträgt 3.042.

Fälle des **Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte** bewegen sich in Hessen seit 2004 auf einem konstanten Niveau. Mit 1.277 Fällen wurde allerdings der niedrigste Wert der letzten zehn Jahre registriert. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang um 35 Fälle oder 2,7 %. Der höchste Wert wurde 2004 mit 1.610 Fällen registriert. 97,6 % der Fälle betreffen Widerstand gegen Polizeibeamte; der übrige Teil richtete sich gegen andere Vollstreckungsbeamte.

2.7 Straftaten gegen strafrechtliche Nebengesetze

In den strafrechtlichen Nebengesetzen sind u.a. Verstöße gegen ausländerrechtliche Vorschriften, Rauschgiftkriminalität, Straftaten auf dem Wirtschaftssektor sowie Straftaten auf dem Waffensektor enthalten.

Eine Steigerung um 3.175 Fälle kennzeichnet diesen Deliktsbereich in 2011. Durch den Zuwachs um 8,1 % beträgt die Fallzahl 42.559. Die Aufklärungsquote ist naturgemäß mit 95,7 % hoch, da in diesem Bereich, der einen hohen Anteil von Kontrolldelikten beinhaltet, mit Bekanntwerden der Straftat der Tatverdächtige in der Regel zugleich ermittelt ist.

Strafrechtliche Verstöße auf dem Wirtschaftssektor haben um 40 auf 1.510 Fälle abgenommen (-2,6 %).

Straftaten gegen **ausländerrechtliche Bestimmungen** nach dem Aufenthalts-, Asylverfahrens- oder Freizügigkeitsgesetz haben deutlich um 18,0 % zugenommen, das ist ein Plus von 2.570 auf 16.820 Fälle. Damit bewegen sich die Fallzahlen aber immer noch deutlich unter dem Höchstwert von 19.986 im Jahr 1998. Die größten Anteile haben Delikte im Zusammenhang mit unerlaubter Einreise (5.618 Fälle) und illegalem Aufenthalt (8.212 Fälle). Die Fallsteigerungen sind unter anderem auf stärkere Kontrollmaßnahmen am Flughafen Frankfurt, einer intensiveren Kontrolle sowie verändertes Anzeigeverhalten der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge und die Entwicklungen in den Nordafrikanischen Ländern zurückzuführen.

2.7.1 Waffenkriminalität

Die Fallzahlen im Zusammenhang mit dem **Sprengstoff-, Waffen- oder Kriegswaffenkontrollgesetz** sind auf 3.529 angestiegen; das ist eine Zunahme um 54 Fälle (+1,6 %). Den weitaus größten Teil machen hiervon mit 95,3 % die Verstöße gegen das Waffengesetz aus, deren Fallzahlen sich seit Änderung des Waffenrechts im Jahr 2003 zwischen 2.860 und 3.789 Fällen pro Jahr bewegen.

2.7.2 Rauschgiftkriminalität

Die Fallzahlen der **Rauschgiftkriminalität** haben sich um 606 auf 19.534 Delikte erhöht, was einer Zunahme um 3,2 % entspricht.

Von dieser Entwicklung waren sowohl die konsumnahen Delikte, die sich um 520 auf 15.586 Straftaten (+3,5 %) erhöhten, als auch die Handelsdelikte betroffen. Beim illegalen Handel / Schmuggel mit Betäubungsmitteln ist eine Steigerung von 25 auf 2.204 Straftaten (+1,1 %) zu verzeichnen.

Bei der illegalen Einfuhr nicht geringer Mengen sind die Fallzahlen von 190 Straftaten auf 185 (-2,6 %) gesunken. Der Handel mit nicht geringen Mengen Rauschgift verzeichnet einen leichten Anstieg um 31 auf 1.053 Fälle (+3,0 %).

Ursache für die insgesamt ansteigende Entwicklung bei den Rauschgiftdelikten im vergangenen Jahr dürfte der erhöhte Kontroll- und Fahndungsdruck sein. Vor allem wurden deutli-

che Anstiege beim PP Nordhessen um 676 Straftaten (+33,2 %) und PP Südosthessen um 467 Straftaten (+19,8 %) registriert.

Die Zahl der Drogentoten hat sich 2011 um 18 Fälle auf 91 verringert. Der Missbrauch von Heroin war mit 72 Fällen die am häufigsten registrierte Todesursache.

2.8 Wirtschaftskriminalität

Für den Bereich der Wirtschaftskriminalität wurde eine Steigerung um 1.041 auf 3.559 Fälle (+41,3 %) verzeichnet. Ebenso stieg die Aufklärungsquote auf 95,9 %.

In den Untergruppen zeigen sich folgende Auffälligkeiten:

Steigerungen bei Betrugsdelikten um 811 auf 2008 Fälle (+67,8 %); Steigerung der Insolvenzstraftaten um 41 auf 430 Fälle (+10,5 %); Steigerungen im Anlage- und Finanzbereich um 995 auf 1.322 Fälle (+304,3 %); Rückgang der Wettbewerbsdelikte insgesamt um 37 auf 188 Fälle (-6,4 %), im Zusammenhang mit Arbeitsverhältnissen jedoch Anstieg um 113 auf 371 Fälle (+43,8 %); Steigerung beim Betrug/Untreue bei Kapitalanlagen um 918 auf 1.165 Fälle (+371,7 %).

Die Schadenssumme im Bereich der Wirtschaftskriminalität, die sich im Jahr 2010 auf 133 Millionen Euro belief, sank 2011 - entgegen dem Fallzahlenanstieg - auf 124 Millionen Euro.

2.9 Internetkriminalität

Das Internet spielt als virtuelles Tatmittel seit mehr als zehn Jahren eine bedeutende Rolle. Das Multimedialzeitalter ermöglicht zwischenzeitlich den nahezu permanenten Zugriff auf Datennetze, sei er ortsgebunden oder mobil. In welcher Weise das Internet zur Begehung von Straftaten eingesetzt wird, hängt dabei wesentlich vom Deliktstypus und vom technischen Know-how der Täter ab. Die deliktische Bandbreite umfasst dabei "klassische" Straftaten, die in grenzenloser Weise erweitert werden, die Nutzung des Internets als Träger krimineller Äußerungen bis hin zu Angriffen auf die Infrastruktur des Internets selbst, mit dem Ziel, illegal Daten zu manipulieren oder die Erreichbarkeit und Verfügbarkeit von Systemen zu unterbinden.

Die registrierte Internetkriminalität weist seit mehreren Jahren ein recht homogenes Bild auf. Demnach spielen quantitativ vor allem die Vermögens- und Fälschungsdelikte, die Verbreitung (kinder-)pornografischer Schriften sowie Urheberrechtsverstöße eine dominierende Rolle.

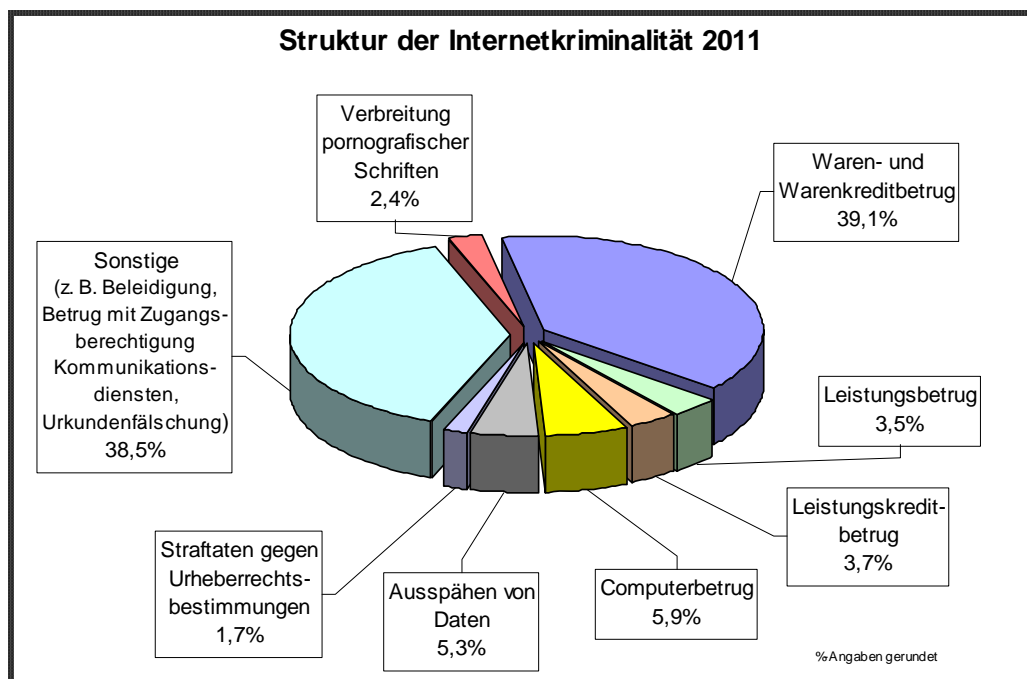
Mit 17.951 registrierten Fällen nahm die Internetkriminalität in Hessen moderat zu (+282 Fälle). Auch wenn die Vermögens- und Fälschungsdelikte nach wie vor den weitaus größten Rahmen einnehmen, zeigt die Entwicklung seit 2007 eine steigende Tendenz im Sektor der sog. Computerstraftaten, deutlich im **Computerbetrug** und **Ausspähen von Daten**.

Vor dem Hintergrund fehlender Vorratsdaten zeigt sich eine relativ geringe Aufklärungsquote besonders in den Deliktsfeldern, die nahezu ausschließlich anhand technischer Datenspuren aufzuklären sind und zudem ausländische Bezüge aufweisen.

Internetkriminalität

	2007		2008		2009		2010		2011	
	Fälle	AQ in %	Fälle	AQ in %	Fälle	AQ in %	Fälle	AQ in %	Fälle	AQ in %
Internetkriminalität	16.585	81,3	16.179	77,1	16.863	68,7	17.669	67,8	17.951	65,3
<u>darunter</u>										
Verbreitung pornografischer Schriften	1.007	89,0	1.040	91,6	544	87,3	410	82,2	437	78,3
Waren- und Warenkreditbetrug	7.241	80,3	7.184	90,2	7.285	87,6	7.722	84,7	7.015	80,2
Leistungsbetrug	569	76,3	768	76,4	487	62,0	711	69,1	620	69,8
Leistungskreditbetrug	608	66,6	722	62,0	786	54,5	715	59,6	668	50,7
Computerbetrug	586	28,0	450	34,2	778	21,3	1.050	31,1	1.059	28,8
Ausspähen von Daten	358	19,6	652	30,1	883	17,0	684	28,5	945	36,8
Straftaten gegen Urheberrechtsbestimmungen	2.771	98,0	1.560	96,3	909	97,1	349	87,7	299	80,9

Grafik 10: Struktur Internetkriminalität



Neben dem Ausspähen von Daten bei der Nutzung von Online-Banking und den darauf basierenden illegalen Transaktionen standen im Jahr 2011 zwei Schlagwörter im Fokus der Öffentlichkeit: "Ransomware" und "Anonymous".

Ransomware

Eine Vielzahl von Internetnutzern hatte ihren Computer durch das Aufrufen von manipulierten Webseiten mit einem Schadprogramm infiziert, das beim nächsten Systemstart den Zugriff auf das System verhinderte und stattdessen einen Bildschirm mit Behördenaufschrift

(BKA, Bundespolizei u. a.) zeigte. Mit dem eingblendeten Text wurde dem Geschädigten erklärt, der Rechner sei wegen strafrechtlicher Verstöße gesperrt und die Daten der Festplatte seien verschlüsselt worden. Gegen Zahlung von bis zu 500 Euro über Ukash (elektronisches Zahlungsmittel) könne der Rechner wieder freigeschaltet werden. Auch bei Zahlung erfolgte erwartungsgemäß keine "Freischaltung". Die zentralen Ermittlungen führt das LKA Niedersachsen. Auch in Hessen kamen zahlreiche Fälle mit diesem Modus operandi zur Anzeige. Eine Anleitung zur Entfernung der Schadsoftware befindet sich u. a. auf www.botfrei.de.

Anonymous

Weiterhin machte die Hackergruppierung "Anonymous" 2011 durch angekündigte und zum Teil auch erfolgreich durchgeführte "Hacking-Angriffe" auf sich aufmerksam. Gerade auf dem Sektor der massenhaften Infizierung von Rechnern mit Schadprogrammen (sog. Viren, Würmer, Trojaner), des darauf basierenden Identitätsdiebstahls, der Manipulation von Online-Überweisungen und der Verwertung illegal abgegriffener Daten zeigen sich hoch professionell und arbeitsteilig vorgehende international agierende Tätergruppierungen.

Der Tatnachweis dieser technisch geprägten Begehungsweisen stellt in Verbindung mit stetigen internationalen Bezügen eine besondere Herausforderung an die Strafverfolgungsbehörden dar. Eine wirkungsvolle Kriminalitätskontrolle lässt sich in diesem spezialisierten Deliktsfeld nur durch eine Kompetenzbündelung erreichen. Nachdem in Hessen bereits seit 2007 IT-Spezialisten gemeinsam mit Ermittlern gegen Internetkriminelle vorgehen, wurde im Hessischen Landeskriminalamt nunmehr eine eigene Abteilung "IuK-Einsatz und Cybercrime" eingerichtet.

3 Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Für den Bereich PMK wurden 1.193 Straftaten registriert. Im Vergleich zum Vorjahr mit 1.082 Straftaten bedeutet dies einen Anstieg um 111 Fälle (+10,3 %). In der Gesamtzahl sind 503 Propagandadelikte enthalten. Dies entspricht einem Anteil von 42,2% der politisch motivierten Kriminalität.

391 Straftaten (32,8 %) konnten bisher geklärt werden (2010: 379 Straftaten = 35,0 %).

Die Entwicklung der vergangenen 5 Jahre stellt sich wie folgt dar:

	2007	2008	2009	2010	2011
PMK gesamt	1.405	1.500	1.589	1.082	1.193
PMK -rechts-	865	853	865	684	609
PMK -links-	392	373	380	216	294
PMK -Ausländer-	57	66	75	54	108
PMK -sonstige-	91	208	269	128	182

Mit 609 gemeldeten Fällen im Bereich der **PMK -rechts-** ist in Hessen ein Rückgang um 75 Straftaten (-10,9%) gegenüber 2010 zu verzeichnen. Die Anzahl der Gewalttaten bewegt sich mit 19 Fällen deutlich unter dem Niveau des Vergleichsjahres 2010 (27 Fälle); Körperverletzungen (18 Fälle) hatten dabei den größten Anteil.

Die Propagandadelikte waren innerhalb des Phänomenbereichs - wie bereits in den vergangenen Jahren - mit insgesamt 424 Fällen deliktischer Schwerpunkt. Dies entspricht einem Anteil von 69,6 % an der Gesamtzahl der Fälle.

Wenngleich die hessischen Fallzahlen in diesem Bereich eine positive Entwicklung aufzeigen, die auf vielfältige Maßnahmen von Polizei und Verfassungsschutz, langjährigen Bemühungen des Aussteigerprogramms IKARus (HLKA), des Beratungsnetzwerks und des seit

2009 als hessisches Modellprojekt umgesetzten XENOS-Sonderprogramms „Rote Linie“ beruhen, geben insbesondere die Erkenntnisse aus den Ermittlungsverfahren gegen das sogenannte „Zwickauer Trio“ Anlass zum Umdenken. Die bisherigen Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden erfordern in Bund und Ländern eine neue Ausrichtung im Hinblick auf die Gefahrenbewertung und die Entwicklung neuer Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsterrorismus und -extremismus.

Im Bereich PMK -rechts- war weiterhin die Beobachtung der hessischen NPD und insbesondere deren Jugendorganisation (JN) von Bedeutung. Der NPD Hessen und der JN gelang es durch zwei größere Veranstaltungen in Wiesbaden und Gießen in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Darüber hinaus gab es Aktivitäten regionaler neonazistischer Gruppierungen. Schwerpunkte hierbei waren - teilweise bei geringem öffentlichen Auftreten - der Schwalm-Eder-Kreis, der Raum Wetzlar, der Bereich Bergstraße sowie das Rhein-Main-Gebiet (Stadt Frankfurt am Main und Main-Kinzig-Kreis). Insbesondere im Rhein-Main-Gebiet waren wiederholt strafbare Aktivitäten gegen den „politischen Gegner“ festzustellen.

Mit 294 gemeldeten Fällen für das Jahr 2011 für den Bereich der **PMK -links-** ist ein Anstieg um 78 Straftaten (+36,1 %) gegenüber 2010 zu verzeichnen.

Die Anzahl der Gewaltdelikte in diesem Bereich liegt mit 38 Fällen über dem Gesamtjahresniveau von 2010 (23 Gewaltdelikte = +65,2%). Die im Jahr 2008 bundesweit konstatierte Qualitätssteigerung der Straftaten kann unverändert auch für das Jahr 2011 festgestellt werden.

Straftaten im Zusammenhang mit der im Jahr 2011 in Hessen durchgeführten Innenministerkonferenz (IMK), dem Castortransport sowie temporäre Konfrontationssachverhalte gegen den „politischen Gegner“ führten insgesamt zu einer dynamischen Entwicklung des Fallzahlenaufkommens.

Den quantitativen sowie qualitativen Brennpunkt in Hessen bildet unverändert das Rhein-Main-Gebiet. Der Hauptanteil der Gesamt- und Gewaltstraftaten kann weiterhin dem Themenfeld „Konfrontation / politische Einstellung / gegen. rechts“ zugeordnet werden. Den Schwerpunkt bilden hierbei Straftaten im Rahmen von szenetypischen Versammlungen, wechselseitig durchgeführten sogenannten „Outingaktionen“ sowie gezielten körperlichen Angriffen gegen den „politischen Gegner“, wobei eine Hemmschwelle so gut wie nicht existent ist.

Einen weiteren Agitationsschwerpunkt bildet, durch die unvermindert anhaltende hohe Grundaggression und damit einhergehende uneingeschränkte Bereitschaft zur Gewaltanwendung gegen Polizeibeamte, das Themenfeld „Innen- und Sicherheitspolitik/Polizei“.

Personenbezogene Anschläge mit dem Ziel der Tötung gelten in der linken Szene nach wie vor als nicht vermittelbar. Linksterroristische Bestrebungen sind in Deutschland weiterhin nicht erkennbar.

Zur intensivierten Bekämpfung des Phänomenbereichs der PMK -links- wurde im Jahr 2010 auf Bundesebene eine Gesamtkonzeption zur Bekämpfung der politisch motivierten Gewaltkriminalität -links- / des gewaltorientierten Linksextremismus erstellt. Im Gesamtzusammenhang konnte bereits eine Vielzahl von entsprechenden Maßnahmen, insbesondere unter dem Aspekt eines personenbezogenen Ansatzes, durch die beteiligten Sicherheitsbehörden umgesetzt werden.

Mit 108 gemeldeten Fällen für das Jahr 2011 im Bereich der **politisch motivierten Kriminalität Ausländer** ist eine Steigerung um 54 Straftaten (+100,0 %) im Vergleich zum Jahr 2010 zu verzeichnen.

Die Anzahl der Gewaltdelikte liegt mit 23 Fällen weit über dem Gesamtjahresniveau von 2010 (sechs Gewaltdelikte).

Darüber hinaus wurden dem HLKA insgesamt fünf Straftaten mit angenommenem terroristischem Hintergrund gemeldet. Hierbei handelte es sich durchweg um politisch motivierte Ausländerkriminalität. Davon um zwei Fälle des islamistischen Terrorismus, einem Fall aus dem marxistisch-leninistischen Terrorismus, einem Fall aus dem anarchistisch-terroristischen Bereich und einem Fall bezüglich einer separatistisch-extremistischen Organisation.

Die Höhe der Fallzahlen in diesem Phänomenbereich ist im Wesentlichen abhängig von **weltpolitischen Konflikten** und Ereignissen, die auch in Hessen dazu führten, dass Aktivisten/Sympathisanten der unterschiedlichsten Konfliktparteien Straftaten im jeweiligen Themenzusammenhang begingen. So ist der hohe Anstieg der Fallzahlen 2011 in Hessen zu einem großen Anteil auch auf Straftaten von **PKK-Sympathisanten** zurückzuführen, die im thematischen Zusammenhang mit den militärischen Auseinandersetzungen zwischen der PKK und der türkischen Armee und / oder der Inhaftierung Öcalans in der Türkei erfolgten.

Die für 2010 konstatierte intensivierete Gefährdung deutscher Interessen durch den **islamistischen Terrorismus** im In- und Ausland hält weiterhin an. Sie kann sich weltweit - auch in Hessen - jederzeit in Form von islamistisch motivierten terroristischen Anschlägen bzw. Anschlagversuchen realisieren. Die Vielzahl der weltweit gegen westliche Interessen gerichteten islamistisch-terroristisch motivierten Anschläge, Anschlagversuche und -planungen zeigt zudem, dass islamistisch-terroristische Organisationen trotz polizeilicher und militärischer Erfolge weiterhin willens und fähig sind, an ihrem langfristigen strategischen Ziel festzuhalten, westliche und westlich orientierte Staaten zu destabilisieren.

In diesem Kontext stellen nach wie vor **radikalisierte Personen** die größte Bedrohung dar, die den Weg aus einem westlichen Staat in ein terroristisches Ausbildungslager im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet gefunden haben und die, nach einer entsprechenden Ausbildung, aus Tätersicht ideale Führer terroristischer Zellen sind, die mit einem operativen Auftrag in ihr Herkunftsland zurückkehren können.

Darüber hinaus gehen ernstzunehmende Gefahren nicht nur von etablierten terroristischen Organisationen aus, sondern zunehmend auch von Einzeltätern und Kleinstgruppen innerhalb westlicher Staaten. Deren Radikalisierung vollzieht sich weitgehend unbemerkt, sie können - ohne formale oder kommunikative Anbindung an bekannte islamistisch-terroristische Vereinigungen - einen terroristischen Tatentschluss kurzfristig oder gar spontan fassen und umsetzen. Dem Internet kommt hierbei als Propaganda-, Rekrutierungs- und Meinungsbildungsforum eine weiter steigende Bedeutung zu.

In diesem Zusammenhang ist gerade auch der islamistisch motivierte Anschlag vom 02. März 2011 in Frankfurt am Main gegen US-Militärangehörige zu sehen, der durch einen jungen fanatisierten, sich selbst radikalisierten Täter verübt wurde.

4 Tatverdächtige

4.1 Tatverdächtige allgemein

Die Zahl der in der Polizeilichen Kriminalstatistik registrierten Tatverdächtigen der Gesamtkriminalität ist insgesamt von 155.455 auf 152.070 gefallen. Das entspricht einer Abnahme von 3.385 (-2,2 %). Die Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ = Zahl der Tatverdächtigen bezogen auf 100.000 Einwohner) hat demzufolge von 2.564 auf 2.507 abgenommen. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen hat von 32,6 % auf 34,7 % zugenommen. Langfristig sind die Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger allerdings rückläufig. Der höchste Wert wurde im Jahr 1993 mit einem Anteil von 42,6 % erreicht.

Der Anteil weiblicher Tatverdächtiger beträgt 25,6 % (Vorjahr 25,9 %). Langfristig steigt dieser Anteil, der 1997 noch bei 23,1 % lag.

117.923 (= 77,5 %) der ermittelten Tatverdächtigen hatten zum Tatzeitpunkt ihren Wohnsitz in Hessen.

55,6 % der Tatverdächtigen begingen Straftaten in der Wohnortgemeinde.

4.2 Mehrfach-/Intensivtäter (MIT)

Durch die Organisationseinheiten der Hessischen Polizei zur Bekämpfung der Mehrfach- und Intensivtäter erfolgte auch 2011 eine konsequente Verfolgung und Bearbeitung von Straftaten, die durch diese Tätergruppe begangen wurden.

Die Organisationseinheiten MIT befassten sich mit 1.489 registrierten MIT.

Von diesen MIT waren:

- 95,0% (1.415) männlichen Geschlechts
- 88,2% (1.313) älter als 21 Jahre
- 76,3% (1.136) deutsche Staatsangehörige

Den in Hessen registrierten MIT konnten 5.515 Fälle zugeordnet werden; seit Beginn ihrer Strafmündigkeit (Vollendung des 14. Lebensjahres) 107.825 Fälle; d.h. rein rechnerisch entfallen auf einen MIT durchschnittlich 72 Fälle.

Die MIT in Hessen traten 2011 am häufigsten in Verbindung mit folgenden Deliktsgruppen in Erscheinung:

• Diebstahl	46,6%	(2.568 Fälle)
• Sonstige Straftaten	20,6%	(1.138 Fälle ²)
• Vermögens/Fälschungsdelikte	10,3%	(570 Fälle)
• Körperverletzung	9,6%	(528 Fälle)
• Verstöße gegen das BTM-Gesetz	8,7%	(481 Fälle)
• Raub	4,2%	(230 Fälle)

4.3 Jugendkriminalität

Der Anteil der Kinder (Alter: acht bis 13 Jahre) an allen Tatverdächtigen beträgt 2,8 % (Vorjahr 3,2 %). 9,3 % (Vorjahr 10,1 %) der Tatverdächtigen stellen Jugendliche (Alter: 14 bis 17 Jahre). Heranwachsende Tatverdächtige (Alter: 18 bis 20 Jahre) sind mit einem Anteil von 9,2 % (Vorjahr 9,4 %) registriert worden.

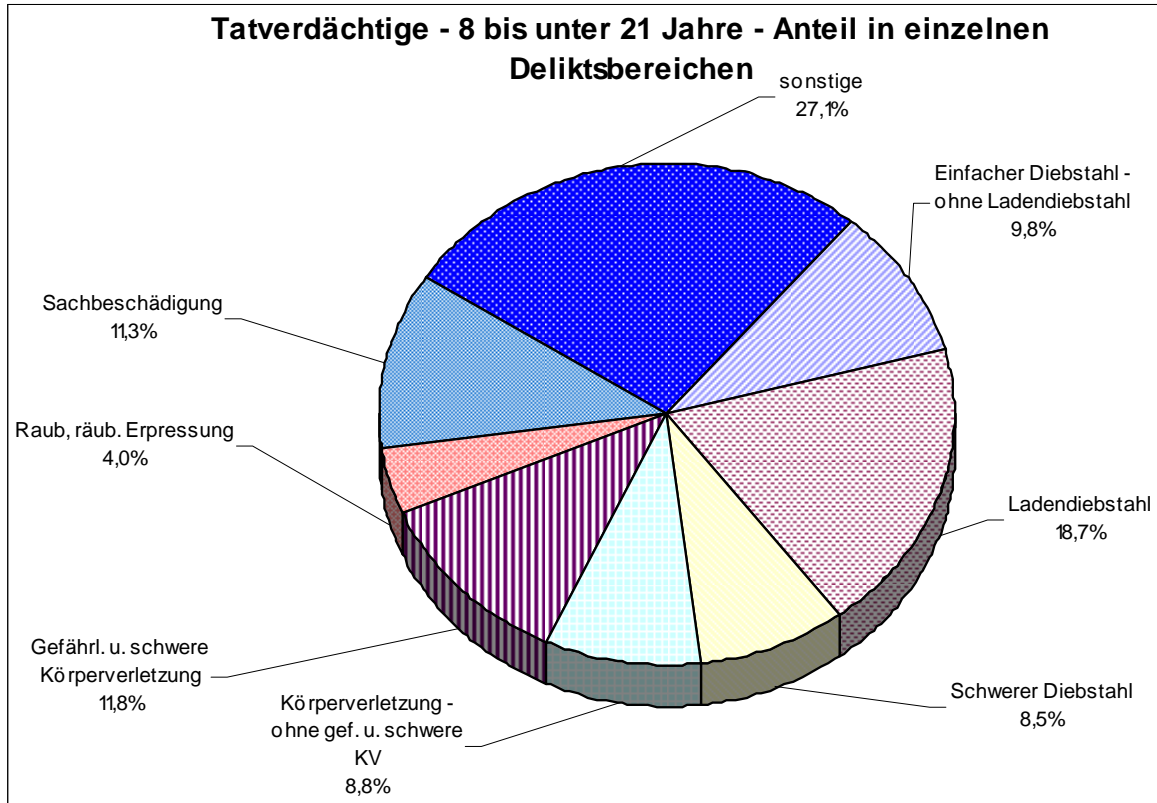
Die Straftaten von ermittelten Tatverdächtigen zwischen acht und 20 Jahren werden polizeilich unter dem Begriff Jugendkriminalität subsumiert. Zu den jugendspezifischen Delikten zählen insbesondere Diebstahlsdelikte (Laden-, Fahrrad- und Kraftraddiebstähle), Sachbeschädigung sowie Gewaltdelikte (Raub und Körperverletzungsdelikte).

Die Zahl der tatverdächtigen Kinder hat sich 2011 im Vergleich zum Vorjahr (4.979) um 726 auf 4.253 (-14,6 %) reduziert. Bei den Jugendlichen sank die Anzahl der Tatverdächtigen im gleichen Zeitraum um 1.490 auf 14.213 (-9,5 %). Die Zahl der tatverdächtigen Heranwachsenden ist im Vergleich zum Vorjahr um 661 auf 13.938 (-4,5 %) gefallen.

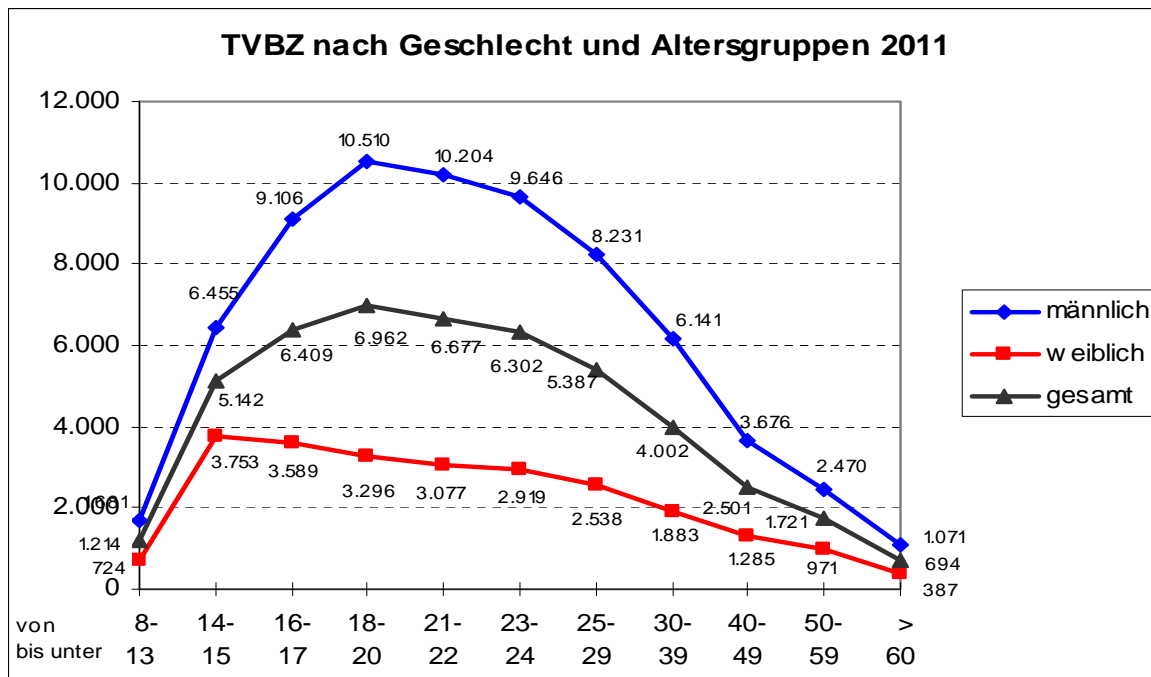
² Die „sonstigen Straftaten“ umfassen vielfältige Deliktsgruppen wie z. B. Erpressung, Bedrohung, Betrug, Verstoß gg. das Ausländergesetz, Trunkenheit im Straßenverkehr, Erschleichen von Leistungen und Beleidigung. Die einzelnen Anteile am Gesamtfallaufkommen sind dabei sehr gering und werden daher nicht gesondert aufgeführt.

Beispielhaft ist hervorzuheben, dass bei der Gewaltkriminalität die Zahl der Tatverdächtigen von acht bis 20 Jahren den Trend der letzten beiden Berichtsjahre fortsetzt und um insgesamt -10,8 % (im Vorjahr -5,3 %) auf 5.033 Tatverdächtige zurückgegangen ist.

Grafik 11: Verteilung der Tatverdächtigen 8 bis 20 Jahre auf verschiedene Deliktsbereiche



Grafik 12: Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ=Tatverdächtige pro 100.000 Einwohner) nach Altersgruppen



Die Ursachen der Jugendkriminalität sind von unterschiedlichen Faktoren abhängig. Eine Intensivierung der Präventionsarbeit kann zu einer dauerhaften Reduzierung der Jugenddelinquenz und einer damit einhergehenden Steigerung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung beitragen.

Im Rahmen der hessischen Präventionsoffensive wurde festgelegt, das **Programm BASU21** (Besonders auffällige Straftäter unter 21 Jahre) landesweit umzusetzen. Seit dem 1. Februar 2011 wird dieses Programm zur Bekämpfung der Jugendkriminalität in allen Polizeipräsidien praktiziert. Insbesondere die Verfolgung von Körperverletzungs- und Raubdelikten, die oftmals durch junge Straftätergruppierungen begangen werden, ist Bestandteil dieser Konzeption. BASU21 zielt durch behörden- und ressortübergreifende Zusammenarbeit darauf ab, ein dauerhaftes Abgleiten junger Menschen in kriminelle Strukturen zu verhindern.

Nach Wiesbaden nahm im Januar 2011 auch in Frankfurt ein „Haus des Jugendrechts“ seine Arbeit auf. Die beiden Häuser des Jugendrechts sollen in Hessen ebenso wie das Programm BASU21 dazu beitragen, die Bekämpfung von Jugenddelinquenz durch behördenübergreifende Zusammenarbeit zu optimieren. Durch die Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe unter einem Dach sollen behördliche Reaktionen und Sanktionen auf delinquentes Verhalten junger Menschen beschleunigt werden.

5 Opfer

Opfer sind natürliche Personen, gegen die sich rechtswidrige Handlungen gerichtet haben. Opfer werden erfasst bei Straftaten gegen das Leben, Sexualdelikten, Raubdelikten, Körperverletzungen und Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Es werden Geschlecht und Alter der Opfer sowie die Beziehung zum Tatverdächtigen nach den Kriterien „Verwandtschaft, Bekanntschaft, Landsmann, flüchtige Vorbeziehung und keine Vorbeziehung“ berücksichtigt.

2011 wurden 53.655 Opfer registriert (2010 = 52.593). Hiervon waren 3.846 (7,2 %) Kinder, 5.029 (9,4 %) Jugendliche und 5.410 (10,1 %) Heranwachsende. Der Anteil weiblicher Opfer betrug 41,8 %.

Tabelle 1: Gesamtzahl der Opfer der letzten 10 Jahre

Jahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Opfer	47.288	52.404	55.313	54.302	52.577	52.141	53.058	53.418	52.593	53.655

Mit der Einsetzung von Opferschutzbeauftragten bei den Polizeipräsidien Mittelhessen, Westhessen, Nordhessen und Südhessen wurde auch dieser Baustein der Präventionsoffensive in Hessen konsequent fortgeführt. Der Aufgabenbereich war bisher nur im Hessischen Landeskriminalamt als Zentralstelle und beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main besetzt. Die Polizeipräsidien Südosthessen und Osthessen werden im Laufe des Jahres ebenfalls Opferschutzbeauftragte benennen.

Ein regelmäßiger Austausch zur Intensivierung des Opferschutzes der hessischen Polizei fand im Rahmen von Workshops, Arbeitstagen auf überregionaler und regionaler Ebene und einer interdisziplinären Fachtagung für Hilfseinrichtungen, Justiz und Polizei im Hessischen Landeskriminalamt statt.

In der polizeilichen Ausbildung der Verwaltungsfachhochschule wie auch in den Fortbildungsseminaren der Polizeiakademie Hessen wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für den Opferschutz bei der hessischen Polizei sensibilisiert und über Belehrungs- und Hinweispflichten im Rahmen der polizeilichen Zeugenvernehmung unterrichtet.

6 Schäden

In der Polizeilichen Kriminalstatistik wird bei vollendeten Eigentums- und Vermögensdelikten der Verkehrswert des rechtswidrig erlangten Gutes erfasst. Im Jahr 2011 wurden Schäden in Höhe von ca. 423 Millionen Euro (Vorjahr ca. 420 Millionen Euro) registriert.

Deliktsspezifisch sind die Schäden sehr unterschiedlich. Bei Leistungerschleichungen beträgt der durchschnittliche Schaden pro Fall 25 Euro, beim Wohnungseinbruchdiebstahl durchschnittlich 4.297 Euro, beim Diebstahl von Kraftwagen durchschnittlich 15.211 Euro, bei Fällen der Wirtschaftskriminalität durchschnittlich 60.922 Euro und beim Betrug im Zusammenhang mit Kapitalanlagen durchschnittlich 181.282 Euro. Untreue bei Kapitalanlagegeschäften schlägt sogar mit durchschnittlich 8.608.155 Euro pro Fall zu Buche.

7 Maßnahmen der regionalen Sicherheit

Als ein Baustein und Erfolgsgarant für die erneut positive Gesamtentwicklung der hessischen PKS steht das seit Frühjahr 2010 landesweit eingeführte Programm „Regionale Sicherheit“, das zum 01.09.2011 modifiziert wurde und im Rahmen der hessischen Sicherheitsoffensive dauerhaft den Einsatz von bis zu 100 Beamtinnen und Beamten der hessischen Bereitschaftspolizei in den sieben Polizeipräsidien vorsieht. Durch individuelle polizeiliche Einsatzmaßnahmen in den hessischen Regionen, beispielsweise zur Bekämpfung von Wohnungseinbruchdiebstählen, von Brandstiftungsserien, Sachbeschädigungen, Rauschgiftkriminalität und Gewaltstraftaten im öffentlichen Raum sowie zu deren Prävention, konnten spürbare Erfolge erzielt und so die Sicherheit erhöht werden. Das Programm zielt darauf ab, neben schwerpunktmäßigen Fahndungsmaßnahmen Straftaten aufzuklären und Täter festzunehmen, weitere Ermittlungsansätze zu gewinnen sowie hierdurch präventiv Straftaten zu verhindern und so die öffentliche Sicherheit zu stärken.

Die aus dem Programm „Regionale Sicherheit“ resultierenden Maßnahmen und Ergebnisse werden seit September 2011 in neuer Form statistisch erhoben und geben nunmehr einen umfangreichen Überblick zu den erzielten Erfolgen. So wurden allein in den letzten vier Monaten des Jahres 2011 insgesamt 17.754 Fahrzeuge kontrolliert und 17.190 Personen überprüft. Hierbei wurden 349 Personen festgenommen, 96 Personen in polizeiliches Gewahrsam genommen und gegen 684 Personen Platzverweise ausgesprochen. Insgesamt 101 Haftbefehle konnten vollstreckt werden und in 1.471 Fällen wurden Gegenstände sichergestellt bzw. beschlagnahmt. Insgesamt 1.309 Straftaten haben die Einsatzkräfte alleine in den vier Monaten festgestellt, von denen 1.049 (80,1 %) aufgeklärt werden konnten. Hierbei handelte es sich vor allem um Rauschgift- (577 Straftaten), Eigentums- (141 Straftaten) und Waffendelikte (75 Straftaten). Ebenfalls wurden 218 Verkehrsstraftaten festgestellt, wodurch die positive Wirkung des Programms auch im Hinblick auf die Sicherheit im öffentlichen Straßenverkehr deutlich wird.

Aufgrund der überaus positiven Einsatzerfolge wird das Programm auch in diesem Jahr fortgeführt. Einsatzschwerpunkte werden weiterhin in enger Abstimmung mit dem Landespolizeipräsidium an individuellen Problemlagen und Brennpunkten orientiert, um durch möglichst flexible Planungen frühzeitig besonderen Kriminalitätsphänomenen begegnen zu können.

8 Kontroll- und Fahndungsmaßnahmen

Im Jahr 2011 wurden von den hessischen Polizeidienststellen insgesamt 187.645 **verdachtsunabhängige Kontrollen** gemäß § 18 Abs. 2 Nr. 6 HSOG durchgeführt. Bei Kontrollen im Regeldienst und während Sonderaktionen wurden im Berichtszeitraum 314.522 Personen und 194.088 Fahrzeuge überprüft. Die hessische Polizei hat damit seit Einführung des Instruments im Jahr 2001 einen Höchststand mit guten Festnahmeerfolgen und bei der Bekämpfung insbesondere von Urkunden-, Waffen- und Kfz-Delikten erreicht.

Diese verdachtsunabhängigen Kontrollen haben zu einer Aufhellung des Dunkelfeldes und zu Erkenntnissen über Straftaten geführt, die der Polizei sonst verborgen geblieben wären. Diese Art der Kontrollen ist ein überaus erfolgreiches Mittel insbesondere gegen reisende Straftäter. Durch den Wegfall der EU-Binnengrenzen wurde mit dieser Fahndungsform ein Ausgleich geschaffen, um Tätern, die über Landesgrenzen hinweg agieren, habhaft zu werden. Besonders in Hessen und speziell im Rhein-Main-Gebiet, das auf Grund seiner zentralen, verkehrsgünstigen Lage für Straftäter attraktiv ist, hat diese Fahndungsmöglichkeit eine hohe Bedeutung.

Es wurden insgesamt 15.373 Ermittlungsverfahren wegen Straftaten, die erstmals im Rahmen dieser Maßnahmen von der Polizei festgestellt worden sind, eingeleitet. Diese Verfahren betrafen 14.408 Tatverdächtige, davon 6.813 (47,3 %) Nichtdeutsche. In 11.532 Fällen erfolgten Sicherstellungen, z.B. von Betäubungsmitteln, Diebesgut oder Schusswaffen.

Seit Auswertung der Fahndungsmaßnahmen im Jahre 2001 wurden insgesamt 1.054.757 Kontrollen durchgeführt. Statistisch gesehen wurde somit in diesem Jahr erstmalig die Millionenschwelle überschritten und insgesamt 2.120.656 Personen und 1.295.641 Fahrzeuge überprüft. Dabei konnten 16.727 ausgeschriebene Personen zur Festnahme oder Aufenthaltsermittlung registriert werden. Als Ergebnis der Kontrollen wurden 98.319 Straftaten mit 90.958 Tatverdächtigen aufgedeckt.

Fallbeispiele und Erkenntnisse zur grenzüberschreitenden Kriminalität 2011

Im Rahmen der Fahndungskonzeption zur Bekämpfung von BMW-Diebstählen der X-Serie wurde am 07.02.2011 auf der BAB 66 ein BMW X6 kontrolliert. Das eingebaute Ortungssystem war manipuliert. Des Weiteren wurden die Originalkennzeichen für das Fahrzeug aufgefunden, die vier Tage zuvor entwendet worden waren. Der litauische Fahrzeugführer wurde festgenommen.

Am 19.03.2011 wurde auf der Tank- und Rastanlage Büttelborn ein Pkw mit britischer Zulassung kontrolliert. Bei der Durchsuchung wurden mehrere Laptops in Originalverpackung, Whiskyflaschen, Zigaretten und Lebensmittel aufgefunden. Die Auslesung des Navigationsgerätes ergab 19 gespeicherte Adressen von Einkaufsmärkten. Die aufgefundenen Laptops konnten mittels VISA-Karte teilweise zugeordnet werden.

Am 10.06.2011 wurde auf der Tank- und Rastanlage Medenbach ein rumänischer Kraftomnibus kontrolliert. Bei der Durchsuchung des Laderaumes wurden in einem Rucksack 1.250 g Kokain sowie in einem separaten Stauraum 1.000 g Marihuana und 50 g Haschisch aufgefunden.

Am 13.11.2011 wurde auf der BAB 3, Frankfurter Kreuz, ein niederländisches Fahrzeug mit drei Nordafrikanern kontrolliert. Bei einem der Fahrzeuginsassen wurde eine elektronische Fußfessel festgestellt. Die Ermittlungen über die grenzpolizeiliche Verbindungsstelle und das BKA ergaben, dass diese Person in den Niederlanden wegen Totschlags rechtskräftig verurteilt war und sich im offenen Vollzug befand. Zwecks Auslieferung erließ die niederländische Justiz einen internationalen Haftbefehl, so dass eine Vorführung beim Haftrichter erfolgte.

9 Kriminaltechnik und Erkennungsdienst

Mit ursächlich für die hohe Aufklärungsrate von Straftaten ist die Weiterentwicklung der **Kriminaltechnik**. Neben den klassischen Methoden zur Auswertung von Täterspuren wie Fingerabdrücke, Faser-, Schuh- oder Werkzeugspuren konnten vor allem die Untersuchungsmethoden in der DNA-Analytik ständig verbessert werden.

Die **DNA-Analysedatei** weist mittlerweile einen hessischen Gesamtbestand von 85.617 Datensätzen auf, dies entspricht einer Zunahme von 6,6 Prozent im letzten Jahr. Insgesamt konnten 2.396 DNA-Treffer erzielt werden, das entspricht einem Anstieg um 20 %. Darunter waren 17 Tötungsdelikte, 30 Sexualdelikte, 178 Fälle von Raub und Erpressung und 1.809 Diebstähle und Unterschlagungen.

Hessen behauptet damit im Bereich der DNA-Analytik weiterhin einen der vordersten Plätze im Bundesvergleich.

Auch bei den **erkenntnisdienstlichen Maßnahmen** ist eine sehr gute Bilanz zu konstatieren. Im vergangenen Jahr wurden insgesamt 27.379 Personen in Hessen erkenntnisdienstlich behandelt. Diese Bestandsdaten bilden die Grundlage für die künftige Aufklärung von Straftaten, beispielsweise durch eine Identifizierung von Tatverdächtigen durch Zeugen aufgrund einliegender Lichtbilder oder die Zuordnung daktyloskopischer Tatortspuren aufgrund einliegender Fingerabdrücke.

Ergänzend wurden vielfältige Maßnahmen umgesetzt, um die **Tatortarbeit** zu optimieren und somit die Qualität gesicherter Täterspuren zu erhöhen. Neu eingerichtete Tatortkommisariate bzw. Tatortgruppen in einigen Präsidien zeigen bereits deutliche Erfolge aufgrund der unmittelbaren Tatortarbeit. Auch die Erkennungsdienste werden im Hinblick auf die Laborarbeit, der Ausstattung und der Spurenauswertung insbesondere im Bereich daktyloskopischer Spuren optimiert. Mit aktuellem Aufbau eines landeseinheitlichen **Spurenmanagements** ist beabsichtigt, in den Präsidien eine einheitlich hohe Qualitätssicherung in der Spurensicherung, -bewertung und Untersuchungsbeauftragung zu etablieren, um eine möglichst tatzeitnahe und effiziente Identifizierung von Spurenverursachern zu erreichen, Tatzusammenhänge zu erkennen und weitere Ermittlungsansätze zu erzielen.

10 Prävention

Die im Jahr 2009 initiierte Präventionsoffensive wird intensiv auf regionaler und überregionaler Ebene fortgeführt. Auf aktuelle Erscheinungsformen delinquenten Verhaltens, aber auch auf allgemeine Kriminalitätsphänomene wird somit in Hessen zeitnah und angepasst reagiert.

Aufgrund der Entwicklung im Bereich der Körperverletzungsdelikte (gefährliche und schwere Körperverletzung auf Straßen, Wegen oder Plätzen) in den letzten Jahren, hat sich die Polizei mit gezielten Beratungsangeboten für Kommunen verstärkt der kriminalpräventiven Raum- und Stadtplanung angenommen.

In jedem hessischen Polizeipräsidium wurden Beauftragte für kriminalpräventiven Städtebau eingesetzt. Anhand polizeilichen Täterwissens und Erkenntnissen über kriminalitätsverhindernde Faktoren können die Kommunen im Bereich der Stadtplanung kriminalitätsfördernde Bauweisen vermeiden. So können bei der Gestaltung von öffentlichen Wegen und Plätzen z. B. dunkle Ecken und Nischen vermieden werden oder durch eine kriminalitätsverhindernde Gestaltung, z. B. bei der Anpflanzung halbhoher Hecken ohne Sichtbehinderung, deutliche Trennungen öffentlicher und halböffentliche Bereiche vorgesehen werden.

Die Einbindung des PP Westhessen bei der Gestaltung verschiedener öffentlicher Plätze in Wiesbaden kann hier beispielhaft genannt werden. Nach kriminalpolizeilicher Beratung wurden u. a. Vorschläge im Hinblick auf Beleuchtung, Niederschnitt oder die Entfernung des Bewuchses im Bereich des Kulturparks nahe dem Hauptbahnhof in Wiesbaden umgesetzt. Das Gestaltungskonzept, in enger Abstimmung mit dem polizeilichen Einsatzkonzept, hat positive Wirkung entfaltet.

Die Präventionsoffensive beinhaltet auch, dass die Verkehrssicherheitsarbeit im Abteilungsstab der Präsidien in den jeweiligen Präventionsdienststellen organisatorisch angebunden wurde. Die Verkehrssicherheitsarbeit kann hierdurch zielgerichtet mit weiteren Präventionsansätzen verbunden werden. Damit einhergehend soll ein positiver Einfluss hinsichtlich der Zahl von Unfällen mit schweren Folgen langfristig bewirkt werden.

Mit der Präventionsoffensive hat sich die Netzwerkarbeit weiter etabliert. Städtebau, Opferschutz und Verkehrssicherheit sind beispielhafte Bereiche, die durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten gestärkt werden.

Ebenso wurde die im Jahr 2009 begonnene Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale Hessen intensiviert. Jährlich werden verschiedene Veranstaltungen gemeinsam organisiert, wie der Seniorennachmittag auf dem Hessestag in Oberursel. Die erfolgreiche Zusammenarbeit wird in 2012 fortgesetzt, um auf diese Weise eine breite Öffentlichkeit mit Rat und Tipps erreichen zu können.